

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Telefon: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadenstr.

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Drillingstort für beide Zeilen in Berlin.

Berlin, den 27. Februar 1931

Nationalsozialist Stalin.

Inf. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Mit den Schwerindustriellen gegen die Arbeiterbewegung.

SPD. Am 25. Februar begingen in der ganzen Welt kleine Trupps von Kommunisten den sogenannten "Welterwerbslosentag", den die Kommunistische Internationale als eine Kriegserklärung und eine Massenaktion gegen die kapitalistische Welt angekündigt hat. Zur höheren Ehre der Provokationsmethoden der Kommunistischen Internationale blieben in Leipzig vier Tote und sechs Schwerverletzte auf dem Strassenpflaster liegen. Am 26. Februar bestiegen auf dem Bahnhof Friedrichstrasse in Berlin die Gewaltigen der deutschen Schwerindustrie den Schnellzug nach Moskau und der Leiter der russischen Handelsdelegation in Deutschland, sowie ein Botschaftsrat von der russischen Botschaft gaben ihnen am Bahnhof das Ehrengelait. Die Herren v. Borsig, Kloeckner, Klotzbach, Koettgen, Pfeffer und Poensgen sind am Sonnabend in Russland eingetroffen, um dort mit dem Mächtigen des Bolschewismus geschäftliche und politische Verhandlungen zu führen. Es sind die Vertreter des deutschen Hochkapitalismus, die, von der Sowjetregierung eingeladen, nach Moskau pilgern!

Die Sowjetregierung hat einen besonderen Willkommensgruss für sie vorbereitet. Demnächst soll in Moskau ein neuer Sensationsprozess nach dem Muster des Schachty-Prozesses und des Ramsin-Prozesses vorgeführt werden. Die Anklageschrift ist bereits veröffentlicht worden. Wie in den vorhergehenden Prozessen ist sie angefüllt mit den unsinnigsten Anklagen und dandrestesten Zweckerfindungen, die jemals einem Lockspitzelgehirn entsprungen sind. Aber sie zeigt eine neue Nuance: Diesmal richtet sie ihre Spitze nicht gegen die Grosskapitalisten, sondern gegen die sozialistische Arbeiterinternationale, gegen die Sozialistische Arbeiterpartei Russlands (Menschewiki) und vor allem gegen die deutsche Sozialdemokratie. Wenn die Gewaltigen vom Stahltrust von Krupp und Siemens in Moskau eintreffen, können sie den Moskauer Machthabern mit dem Brudergruss in die Arme sinken: Eure Feinde sind unsere Feinde! Denn die deutsche Sozialdemokratie ist bei den Moskauer Diktatoren ebenso gehasst wie bei den deutschen schwerindustriellen Scharfmachern!

Der Zweck dieser Schädlingsprozesse ist von der ganzen Welt längst durchschaut. Dieser neueste Prozess aber macht selbst unter diesen Prozessen Epoche. Er enthüllt, dass nicht nur die Methode der Herrschaft in Sowjetrussland faschistisch ist, sondern auch das Wesen dieser Herrschaft. Was trennt Sowjetrussland, das zur selben Zeit lügenhafte Beschuldigungen und Verleumdungen gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung schleudert und gleichzeitig die Vertreter des brutalsten Unternehmertums in die Arme schliesst, noch vom echten Faschismus!

Die sogenannte Anklageschrift für den neuen Schauprozess umfasst 110 Seiten. Sie richtet sich gegen 14 Angeklagte, die natürlich alle nach dem Muster von Ramsin gestanden haben. Die Anklagepunkte sind ähnlich wie beim Ramsinprozess. Neu ist nur die Behauptung, dass die konterrevolutionären Zellen von der ausländischen Menschewiki-Delegation und der Industriepartei durch Subven-

tionen der deutschen Sozialdemokratie, der Zweiten Internationale und des Pariser Handels- und Industriekomitees finanziert worden sind. Diese aberwitzige Erfindung wagt man auch in Europa zu verbreiten, weil man hofft, dass sie bei den kapitalistischen Gegnern der Sozialdemokratie zwar nicht Glauben, aber Beifall finden werde. Die Anklageschrift hat ferner die Behauptung aufgestellt, dass zwei Mitglieder des ausländischen Zentralkomitees der Menschewiki in Moskau gewesen seien, und zwar Abramowitsch im Sommer 1928 und Braunstein im Frühjahr 1929. Dass diese Behauptungen glatt aus den Fingern gezogen sind, ist jederzeit einwandfrei nachweisbar. Es fehlt nur noch, dass die Behauptung aufgestellt wird, der Vorsitzende der SAJ, Vandervelde, habe bei seiner Reise nach China auf der Durchreise durch Moskau die Fäden einer grossen Sabotage-Organisation gesponnen. Bei den Burschen, die heute in Sowjetrussland die Macht haben, ist alles möglich!

Diese Anklageschrift stellt wieder ein Amalgam dar. Wie man einst den Versuch gemacht hat, Trotzki, Bucharin und weissgardistische Interventionisten in einen Topf zu werfen, so hat man jetzt eine gemeinsame Konspiration zwischen der sagenhaften Industriepartei, dem Pariser Handels- und Industriekomitee, den Menschewiki, der deutschen Sozialdemokratie und der SAJ erfunden. Mit Hilfe dieser von asiatischer Phantasie zeugenden Erfindung will man beweisen, dass die Sozialdemokratie ein Bündnis mit dem Kapitalismus geschlossen habe!

Indessen ist es den Herren von der deutschen Schwerindustrie, die bereits bei Stalin weilen, niemals eingefallen, der Sozialdemokratie oder der SAJ Besuche abzustatten. Ihr Weg geht vielmehr nach Moskau. Wir fürchten nur, dass sie von dort durchaus nicht gebessert zurückkehren werden, sondern dass sie eher den Versuch machen werden, russische Arbeitsmethoden, russische Entlohnung und russische Knechtung der Gewerkschaften von Russland nach Deutschland zu exportieren.

Die Herren werden jetzt schon von der amtlichen russischen Presse umworben. Man will mit ihnen nicht nur über geschäftliche, sondern auch über politische Dinge verhandeln. Man sucht sie einzuspannen für die Politik eines neuen Dreibunds Russland, Deutschland, Italien mit der Spitze gegen Westeuropa. Da die auf ein Kriegsbündnis gerichteten Bemühungen der russischen Diplomatie, ebenso wie die Bemühungen der italienischen Diplomatie bei der offiziellen deutschen Politik bisher noch keine weitreichenden Erfolge erzielt haben so sollen die Herrschaften von der deutschen Schwerindustrie zur Beeinflussung des deutschen aussenpolitischen Kurses in Moskau gewonnen werden. Eine amtliche Auslassung der russischen Wirtschaftszeitung für Industrialisation lässt darüber keinen Zweifel. Die sowjetrussischen Machthaber wollen also in Moskau gemeinsam mit deutschen nationalistischen Schwerindustriellen gegen die deutsche Friedenspolitik und gegen den Frieden der Welt konspirieren! Die Voraussetzung dafür ist allerdings, dass auch das innerdeutsche System dem System Russlands und Italiens angenähert wird, dass die Demokratie zerbrochen, die sozialdemokratische Arbeiterschaft niedergeworfen und eine diktatorische Herrschaft errichtet wird.

Hier zeigt sich, wie gut die Konspiration mit den deutschen Schwerindustriellen zu dem Lügenangriff gegen die sozialdemokratische Arbeiterbewegung in Europa passt! Man versteht, warum das Amalgam der Anklageschrift die deutsche Sozialdemokratie mit einem Pariser Handels- und Industriekomitee zusammenwerfen möchte! Es soll der Eindruck erweckt werden, dass die deutsche Sozialdemokratie gemeinsam mit französischen Interventionisten gegen Sowjetrussland konspiriert. Aber die deutschen Schwerindustriellen, die Borsig und Poensgen und ihre Kollegen, das sind die wahren deutschen und russischen Patrioten, sie bilden gemeinsam mit der Sowjetregierung die Einheitsfront gegen Frankreich. Eine saubere Einheitsfront! Alles in allem eine echt nationalsozialistische Front und ein echt nationalsozialistisches Manöver. Stalin, der Patriot Arm in Arm mit jenen Patrioten der deutschen Schwerindustrie, die die deutschen Nationalsozialisten finanzieren!

Wir bedauern die Deutschen Kommunisten! Was wollen sie noch nach dieser Selbstenthüllung ihres Herrn und Meisters Stalin! Sie können sich gleich bei Goebbels und Hitler anmelden!

SPD. Zürich, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Landtag des Fürstentums Liechtenstein hat beschlossen, gegen den früheren Regierungschef und jetzigen Führer der Opposition Professor Schädner die Ministeranklage zu erheben.

Die Anklage steht im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der Liechtensteinischen Sparkasse im Frühjahr 1928, der bereits Gegenstand eines Gerichtsverfahrens war. Professor Schädner wird beschuldigt, Kontrollberichte über die Sparkasse den anderen Regierungsmitgliedern vorenthalten zu haben. Das Merkwürdige an der Anklage ist, dass sie erst jetzt, knapp vor Ablauf der verfassungsmässig vorgesehenen dreijährigen Frist, erhoben wurde.

SPD. Die nächsten Wochen bringen im Reich schwerwiegende politische Entscheidungen. Dabei kommt der Haltung der Sozialdemokratie wieder einmal eine grosse Bedeutung zu. Sie muss das Interesse der werktätigen Massen sowohl gegenüber den Faschisten als auch gegenüber den rein kapitalistisch eingestellten Gruppen schützen. Nichts liegt deshalb näher, als dass Nationalsozialisten und Deutschnationalen auf der einen, Kommunisten auf der anderen Seite, beide aber unterstützt von den Grossunternehmern, die im Trüben fischen wollen, alles tun um im Lager der Sozialdemokratie selber Verwirrung zu schaffen. Das grosse Mass von Vertrauen, dessen sich gerade gegenwärtig die Sozialdemokratie weit über die Kreise ihrer eigenen Anhänger hinaus durch ihren Feldzug gegen den Faschismus erworben hat, soll untergraben werden.

An diese Zusammenhänge muss man denken, wenn man die zahlreichen Mitteilungen über die Verhandlungen innerhalb der Sozialdemokratie und zwischender Sozialdemokratie und der Reichsregierung über die schwebenden politischen Fragen liest. Es ist unmöglich, alle Falschmeldungen im einzelnen zu dementieren. Festgestellt aber sei, dass alle Nachrichten über heftige Auseinandersetzungen in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die zu stürmischen Zusammenstössengeführt haben sollen, ebenso falsch sind, wie die Mitteilung, dass die Haltung der sozialdemokratischen Fraktion zum Panzerkreuzer B bereits völlig geklärt und seine Annahme in jeder Beziehung gesichert sei. Bisher hat sich die Fraktion lediglich in zwei Sitzungen eingehend mit der gesamten politischen Lage beschäftigt. Selbstverständlich stand die Frage des Panzerkreuzer B mit im Vordergrund der Diskussion. Beschlüsse sind nicht gefasst worden. Das war auch weder möglich noch notwendig. Die Beratung des Wehretats im Reichshaushaltsausschuss wird erst Mitte der nächsten Woche beginnen. Inzwischen werden die Besprechungen mit der Reichsregierung fortgesetzt. Dabei wird aber nicht nur über den Wehretat, sondern über alle schwebenden politischen Fragen gesprochen also auch über die Fragen der Sozialpolitik, der Agrarzölle usw. Eine neue Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion ist für Montag abend in Aussicht genommen.

Wie sehr die sozialdemokratische Fraktion bestrebt ist, alle Kräfte einzusetzen, um auf dem Wege der Gesetzgebung das schwere Los der minderbemittelten Bevölkerung zu lindern, das zeigt die von ihr im handelspolitischen Ausschuss durchgesetzte Annahme des sozialdemokratischen Antrages auf Wiederzulassung einer zollfreien Gefrierfleischmenge in Höhe von 50 000 Tonnen. Da bei dem Fehlen von Deutschnationalen und Nationalsozialisten für die Annahme dieses Antrages auch für die Vollversammlung des Reichstags eine sichere Mehrheit vorhanden ist, versucht Reichsernährungsminister Schiele aufs neue einen Druck auf die Deutschnationalen zur Rückkehr in den Reichstag auszuüben. Ob ihm das gelingt, und ob selbst bei der Rückkehr der Deutschnationalen der sozialdemokratische Antrag zu Fall gebracht werden könnte, ist allerdings zweifelhaft. Vor allem aber wäre ein solcher Beschluss sachlich nicht gerechtfertigt. Die Einfuhr einer Menge von 50 000 Tonnen Gefrierfleisch wird keinen besonderen Einfluss auf den Verbrauch an inländischem Frischfleisch und auf die Preise-

staltung ausüben. Sie schädigt also in keiner Weise die deutsche Landwirtschaft. Eine Menge von 50 000 Tonnen ist nur $1\frac{1}{2}$ Prozent des gesamten deutschen Fleischverbrauchs. Die Abschaffung der Gefrierfleischeinfuhr hat keine Steigerung des Verbrauchs an inländischem Frischfleisch hervorgerufen. Sie hat nur die Ärmsten überhaupt um den Fleischgenuss gebracht. Diese Feststellung wird auch durch die Preisentwicklung belegt. Die Preise für Frischfleisch sind trotz des Fortfalls des Gefrierfleisches gesunken.

Hinzu kommt, dass die Aufhebung der Gefrierfleischeinfuhr uns handelspolitisch sehr geschädigt hat. Die deutsche Ausfuhr an Industrieerzeugnissen nach Argentinien ist stark zurückgegangen, weil man sich dort eine so schwere Schädigung der argentinischen Wirtschaft nicht gefallen lässt. Die Drosselung der Gefrierfleischeinfuhr hat also nicht nur die Folge gehabt, dass nennenswerte Teile der deutschen Bevölkerung auf den Fleischgenuss verzichten müssen, ohne dass die deutsche Landwirtschaft davon einen Vorteil gehabt hätte. Sie hat auch Zehntausenden von deutschen Arbeitern, die bisher Ausfuhrwaren für Argentinien hergestellt haben, die Beschäftigung geraubt.

SPD. Paris, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Im Auftrag der Regierung hat der Wirtschaftsrat Frankreichs ein Programm zur Linderung der Arbeitslosigkeit aufgestellt.

Wie hoch die Ziffer der Arbeitslosen zu veranschlagen ist, gibt das Dokument nicht an. Es beschränkt sich auf die Angabe, dass etwa ein Fünftel der Arbeiterschaft nur noch 40 Stunden in der Woche beschäftigt sei. Was der Wirtschaftsrat als Abhilfe gegen die Arbeitslosigkeit vorzuschlagen hat ist im grossen und ganzen die schon von Poincaré während der Frankenkrisis angewandte Taktik, die Ausländer abzuschieben. So schlägt der Wirtschaftsrat vor, dass zunächst einmal die Grenzen gesperrt werden müssten. Dann aber müsse jeder Ausländer, der arbeitslos geworden sei oder sich als landwirtschaftlicher Arbeiter verdingt habe, später aber zur Industrie abgewandert sei, unverzüglich abtransportiert werden. Im übrigen sei durch Arbeitsstreckung und durch energischen behördlichen Druck jede Arbeiterentlassung zu vermeiden. Auch müsse das grosse Finanzprogramm zur Ankurbelung der Wirtschaft schleunigst als Notstandsprogramm durchgeführt werden. Endlich müsse man versuchen, arbeitslos gewordene Industriearbeiter in der Landwirtschaft unterzubringen, um so auch den Zuzug landwirtschaftlicher Saisonarbeiter aus dem Ausland zu verhindern.

SPD. Der preussische Kultusminister hat an die ihm nachgeordneten Behörden zu der Frage der Uebertragung zweier Klassen an einen Lehrer einen Erlass gerichtet, dem wir folgendes entnehmen :

"So wünschenswert es bleibt, dass jeder Lehrer nur eine Klasse als Klassenleiter zu betreuen hat, so darf dies in der augenblicklichen Notzeit nicht dahin führen, dass einzelne Lehrer mit ihrer Arbeitskraft nicht voll in Anspruch genommen werden. Die Uebertragung zweier Klassen an einen Lehrer als Klassenleiter wird daher in vielen Fällen nicht zu umgehen sein. Da es jedoch notwendig erscheint, dass die Schüler der Grundschulklassen nur von dem Klassenleiter unterrichtet werden, kommt die Uebertragung zweier Grundschulklassen an einen Lehrer nicht in Betracht."

SPD. Paris, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor der parlamentarischen Untersuchungskommission im Oustric-Skandal erschien am Freitag der ehemalige Finanzminister und gegenwärtige Kolonialminister Reynaud, der an der Pariser Börse im Oktober vorigen Jahres das höchst eigenartige Polizeiverfahren gegen die Baissiers einleiten liess.

Reynaud erklärte in einer gut ausgearbeiteten Rede, dass er für diese Massnahme nach wie vor persönlich einstehe. Er bestritt jedoch, das Verfahren zum Schutze Oustrics unternommen zu haben; die gesamte börsentechnische Lage habe damals ein rigoroses Einschreiten erfordert, da sich die Baisse-Spekulation ausnahmslos über alle, selbst über die besten Werte geworfen hatte und katastrophale Zusammenbrüche heraufbeschworen hätte. Dass er, Reynaud, die Art dieser Manöver richtig beurteilt habe, beweise, dass sofort nach der Einleitung des Polizeiverfahrens das Fallen der Kurse aufgehört habe. Im übrigen, schloss Reynaud, habe er mit dem ganzen Oustric-Skandal nichts anderes zu schaffen gehabt, als dass er die Bank Adam und die dem Oustric-Konzern zugehörigen Schuhfabriken vor dem Zusammenbruch bewahrt habe.

SPD. Die Sozialdemokratie "verschenkt Millionen". So steht es neuerdings zu lesen in kommunistischen, nationalsozialistischen und Mittelstands-Blättern. Anlass zu dieser Notiz gab die Behauptung, dem Warenhaus Karstadt sei vom Finanzamt Bremen eine Steuerschuld von 6 Millionen Mark erlassen worden. Zuerst wurde das im "Gasthaus", dem Organ des Reichstagsabgeordneten Köster von der Wirtschaftspartei behauptet. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Hertz ging der Sache sofort nach und stellte als Ergebnis seiner Nachforschungen folgendes fest :

1. Durch eine Rücksprach mit dem Reichstagsabgeordneten Köster von der Wirtschaftspartei habe ich festgestellt, dass Herrn Köster von der Sache nichts bekannt war, und dass weder er, noch seine Fraktion, noch irgendeine andere Fraktion parlamentarisch etwas in dieser Angelegenheit getan haben. Obwohl, wie ich inzwischen festgestellt habe, in zahlreichen Zeitungen die Nachricht von dem Steuererlass an die Firma Karstadt in Höhe von 6 Millionen Mark veröffentlicht worden ist, hat kein einziger der diesen Blättern nahestehenden Abgeordneten es für notwendig gehalten, sich Klarheit über diese Behauptung zu verschaffen.

2. Ich habe mich infolgedessen in einem Schreiben vom 6. Februar an den Reichsminister der Finanzen gewandt und von ihm am 18. Februar folgende Antwort erhalten :

"Auf das gefällige Schreiben vom 6. Februar 1931 beehre ich mich mitzutellen, dass an der durch verschiedene Pressemitteilungen gebrachten Nachricht, dass dem Warenhauskonzern Karstadt am 1. Januar 1931 beim Finanzamt eine Steuerschuld von 6 Millionen Reichsmark zum Zwecke späterer Niederschlagung gestundet worden sei, nach den von mir angestellten Erhebungen kein Wort wahr ist."

Der Vorfall zeigt wieder einmal, wie leichtfertig gewisse Personen in der Verbreitung völlig erlogener Nachrichten sind. Die Nazis und Kozis haben sich darin schon immer hervorgetan. In dem vorliegenden Fall wurde ihnen die Möglichkeit dazu von einem Organ der Wirtschaftspartei geliefert. Und das ist besonders festzuhalten.

SPD. Bonn, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

In Bonn wurde die Schutzstaffel der Nationalsozialisten aufgelöst. Veranlassung dazu sah Hitler einmal in den Waffenfunden, die von der Polizei kürzlich in dem hiesigen Vereinshaus der Nazis gemacht wurden, dann aber auch in den gegenseitigen Bezeichnungen zahlreicher Mitglieder der

Schutzstaffel über Vergehen krimineller Art. Im Verlauf dieser Streitigkeiten kam es in den letzten Tagen wiederholt zu Tötlichkeiten unter den Nazis.

Ein Teil der hiesigen Nazis sucht jetzt Anschluss bei den Kommunisten.

SPD. Paris, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Vor dem Kriegsgericht in Cherbourg begann am Freitag der grosse Unterschlagnungsprozess gegen den Fregattenkapitän a.D. Guette, der in den letzten Kriegs- und den ersten Nachkriegsjahren Lebensmitteltransporte für die französische Heeresverwaltung besorgte.

Der Prozess schwemmt wieder einmal die ungeheure Misswirtschaft an die Oberfläche, die in allen diesen kriegswirtschaftlichen Unternehmungen herrschte. Der Fregattenkapitän, der den Transport von drei Schiffen verwaltete, hatte von wirtschaftlichen Dingen nicht die geringste Ahnung. Im Laufe von neun Jahren, in denen die Enquête über seinen Fall geführt wurde, sind Unterschlagungen von annähernd zwei Millionen in der Buchhaltung aufgedeckt worden. Guette, der kein persönliches Vermögen besitzt, sieht sich vor unzähligen Unterschriften, die er leichtfertig gegeben hat ohne auch nur imstande zu sein, eine oberflächliche Kontrolle auszuüben.

SPD. Aachen, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Der Bezirksausschuss des Regierungsbezirks Aachen hat die Wahlen zum Kreistag des Landkreises Aachen für ungültig erklärt. Kreisverwaltung und Kreistag werden dagegen beim Oberverwaltungsgericht Einspruch erheben.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Das Gesetz über Zolländerungen ist vom Reichsernährungsministerium im Benehmen mit den beteiligten Reichsressorts endgültig formuliert und am Freitag dem Reichsrat zugeleitet worden. Minister Schiele hat den Reichsrat bereits am Freitag in einem eingehenden Referat über das Zollgesetz und das Agrarprogramm der Reichsregierung informiert, um eine Abkürzung der Einlassungsfrist und eine schnelle Behandlung des Gesetzes im Reichsrat zu ermöglichen.

SPD. Genf, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Das Organisationskomitee des Studienausschusses für die europäische Einigung wird Ende März oder Anfang April in Paris zusammentreten. Das Komitee ist aus 12 Staaten zusammengesetzt, darunter Deutschland.

SPD. Mailand, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

In Neapel wurden 30 politische Deportierte von der Insel Ponza, die gegen die Herabsetzung ihrer Tagesbezüge von 10 auf 5 Lire (1,10 Mark) protestiert hatten, zu Gefängnisstrafen von 3 bis 7 Monaten verurteilt. Die übrigen auf Ponza verhafteten Personen wurden von Neapel wieder nach Ponza in verschärfte Deportation zurückgebracht.

SPD. Innsbruck, 27. Februar (Eig. Dr.)

Der Einspruch des Hauptmanns von Maltitz gegen seine Ausweisung ist am Freitag verworfen worden. Wie es heisst, wird sich von Maltitz in Rom niederlassen.

Die Meldungen, dass Major Pabst sich wieder in Innsbruck aufhält, entsprechen nicht den Tatsachen. Pabst befindet sich z. Zt. noch in Deutschland, von wo er Mitte März nach Innsbruck zurückzukehren beabsichtigt.

SPD. London, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass alle bisherigen Meldungen über einen Koalitionspakt zwischen der Arbeiterpartei und den Liberalen unrichtig sind, so lieferte ihn die Vereinigung der Liberalen und Konservativen gegen das neue Gewerkschaftsgesetz. Mit 37 gegen 31 Stimmen wurde in der Unterhaus-Kommission der liberale Zusatzantrag angenommen, der nicht nur den Generalstreik und jeden politischen Streik als kriminelles Vergehen stempelt, sondern auch jedengrösseren Streik und jeden grösseren Lohnkampf.

Der entscheidende Satz des Beschlusses der Kommission lautet: "Wer durch Streik oder Aussperrung die Allgemeinheit oder wichtige Teile der Allgemeinheit der Gefahr aussetzt, dass die Lieferung von Lebensmitteln, Wasser, Gas oder anderen lebenswichtigen Bedarfs gestört wird macht sich eines kriminellen Verbrechens schuldig". Dieser Satz macht nicht nur das gesamte neue Gewerkschaftsgesetz wertlos, sondern verschärft sogar das im Jahre 1927 erlassene Baldwin'sche Ausnahmegesetz. Dieses konservative Gesetz verbietet nur den Generalstreik und den politischen Streik. Die Liberalen wollen jedoch in Zukunft jeden grösseren Streik verhindern. Kein Eisenbahner, kein Bergmann, kein Transportarbeiter könnte es künftig wagen, in einen Lohnkampf zu treten. Selbst ein liberales Blatt wie der "Manchester Guardian" übt hieran schärfste Kritik, indem er sagt: Selbst für die Liberale Partei ist es eine völlig neue Doktrin, wenn der Arbeiterschaft das Streikrecht genommen werden soll.

Der Artikel des "Manchester Guardian" zeigt, wie unangenehm der liberale Antrag selbst in liberalen Kreisen empfunden wird. In der Tat: der konservativ-liberale Kommissionsbeschluss würde, wenn er bestehenbleibt, dem neuen Gewerkschaftsgesetz den Todesstoss geben. Damit wäre aber auch gleichzeitig jede weitere Zusammenarbeit zwischen der Arbeiterregierung und den Liberalen unmöglich geworden und eine politische Krise eröffnet, die nur mit der Auflösung des Unterhauses enden könnte. Niemand wäre aber dadurch schwerer getroffen als die Liberalen, die in Wahrheit am Donnerstag nur das Spiel der Konservativen getrieben haben. Es würde eine Neuwahl ohne Wahlreform bedeuten, denn es kann kein Zweifel darüber bestehen, dass bei dem in der nächsten Woche zur Beratung stehenden neuen Wahlgesetz auch die Arbeiterpartei der von ihr bisher den Liberalen konzessionierten Alternativwahl das gleiche Schicksal bereiten werden, wie es jetzt das Gewerkschaftsgesetz durch die Liberalen erlitten hat. Damit wäre aber gleichzeitig die bisherige Taktik Lloyd Georges wie ein Kartenhaus zusammengebrochen. Mit Recht betonen deshalb verschiedene englische Blätter, dass der in den Kommissionsberatungen angenommene liberale Antrag einen Sieg des rechten Flügels der Liberalen und eine schwere Niederlage von Lloyd George bedeute.

Die Arbeiterregierung wird am Montag zu der neu geschaffenen politischen Lage Stellung nehmen. Was sie auch beschliessen mag, das liberale Vorgehen ist eine Kriegserklärung an die Labour Party und an die englische Gewerkschaftsbewegung. So sieht es auch der Generalrat der Gewerkschaften. In seinem Auftrag hat am Freitag der Vorsitzende Citrine dem Ministerpräsidenten schriftlich mitgeteilt, dass der liberale Antrag eine Herausforderung der gesamten Gewerkschaftsbewegung sei und der Generalrat diese Herausforderung annehme: "Für die Gewerkschaften - so heisst es in dem Brief weiter - ist jetzt das

Gesetz völlig wertlos und unannehmbar geworden, da es die Arbeiterschaft ihrer primitivsten Rechte berauben will. Die Gewerkschaften danken der Regierung und vor allem ihrem Sprecher Jowitt für die unvergessliche Art, mit der er in den Kommissionsberatungen das Arbeitsrecht gegen die liberal-konservative Koalition verteidigte. Durch den neuen Beschluss sollen die Gewerkschaften bis in das Jahr 1871 zurückgeworfen werden. Aber wir haben ähnliche Anschläge in früheren Jahren abzuwehren verstanden, und wir werden es auch jetzt zu tun wissen."

SPD. Der Haushaltsausschuss des Reichstags beendete am Freitag die Beratung des Haushalts des Auswärtigen Amtes.

Angenommen wurden Anträge, in denen die Auflösung der Konsulate in Sevilla und Turin gefordert wird. In einer Entschliessung wird die Reichsregierung ersucht, bei dem Generalkonsulat in Konstantinopel darauf zu achten, dass die aus der Bewirtschaftung der Grundstücke entstehenden Kosten im Einklang mit dem Aufgabenkreis eines Generalkonsuls bleiben.

Im Verlauf der Aussprache forderten die Abgeordneten Breitscheid (Soz) und Dr. Schreiber (Z), dass das Reich bei den von ihm mit Geld unterstützten deutschen Auslandsschulen darauf Einfluss nehme, dass von diesen Schulen eine staatsbürgerliche und soziale Gesinnung verbreitet werde.

SPD. Mailand, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Ein stummer Demonstrationszug von mehreren hundert Arbeitslosen mit Frauen und Kindern bewegte sich am Freitag durch die Strassen Parias. Die Teilnehmer hatten die leeren Taschen ihrer zerfetzten Kleider nach aussengekehrt. Auffallenderweise ging weder die Miliz noch die Polizei gegen die Demonstranten vor.

Infolge eines blutigen Strassenkampfes zwischen zwei Faschistengruppen wurde der Fascio von Padua durch die Regierung aufgelöst.

SPD. New York, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Die New Yorker World-Zeitungen sind am Freitag für 5 Millionen Dollar an den Scripps-Howard-Zeitungstrust verkauft worden. Die drei Blätter werden mit den von diesem Konzern herausgegebenen Zeitungen verschmolzen. Die Mehrzahl der von den World-Blättern bisher beschäftigten 2900 Angestellten wird damit brotlos. Sie haben von dem ehemaligen Eigentümer dieser Blätter eine Abfindung in Höhe von drei Monatsgehältern erhalten.

SPD. Rathenow, 27. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Freitag wurde der ehemalige Bankprokurist Lehmann, der bei der hiesigen Filiale der Dresdner Bank 60 000 Mark unterschlug, dann flüchtig wurde und sich nach Monaten in Berlin der Polizei stellte, zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. Der Staatsanwalt hatte 1 Uhr 3 Monate Gefängnis beantragt.

Die Offensive der S.P.D.

Die Massen erwachen...

SPD. Deutschlands Arbeiterschaft tritt an! Sie ist nicht geneigt, Deutschland zum Tummelplatz hakenkreuzlerischer Exzesse werden zu lassen. Die Versammlungsflut der SPD. ist in der 3. Februarwoche nicht nur fortgesetzt, sondern noch gesteigert worden.

Im Bezirk Ostpreussen wurde in der 3. Februarwoche die 350. Versammlung dieses Jahres abgehalten. Ueber 50 000 Teilnehmer wiesen allein die Reichsbannerveranstaltungen dieses einen Bezirks am 22. Februar auf! Selbst in der reaktionären Hochburg Pommern gab es in einer Woche 14 öffentliche Versammlungen und Filmvorführungen mit mehreren tausend Besuchern. Noch stärker war die Versammlungswelle im Bezirk Mecklenburg=Lübeck mit 31 Versammlungen der SPD. und 7000 Besuchern. In einem einzigen Monat gewann der Ortsverein Lübeck 167 neue Mitstreiter! Der Bezirk Schleswig-Holstein brachte es auf 36 eigene neben dem Besuch zahlreicher nationalsozialistischer Versammlungen.

Im Bezirk Berlin waren es ausser der riesigen Veranstaltung im Lustgarten 12 zentrale, Kreis- und Abteilungskundgebungen neben 4 öffentlichen Frauenveranstaltungen mit insgesamt rund 80 000 Besuchern.- Der Bezirk Brandenburg kann stolz 74 öffentliche Versammlungen mit vielen Tausenden Teilnehmern mustern.- "Nazi"-Thüringen sah 57 öffentliche, teilweise stark überfüllte Kundgebungen mit vorzüglichem Verlauf.

Der Bezirk Magdeburg-Anhalt kann von 47 Veranstaltungen mit 9000 Besuchern berichten, wozu noch 6 Kabarett-Abende der "Roten Spielschar" mit ihrer antifaschistischen Revue "Adolf der Hitler" kommen. Nicht minder tätig war der Bezirk Halle, der 42 öffentliche Versammlungen melden kann. Im Bereich des Bezirks Ostliches Westfalen einschliesslich Lippe konnten 56 erfolgreiche Kundgebungen mit 12 000 Besuchern gebucht werden.

Auch aus Hessen kommen erfreuliche Meldungen. So hat allein der Bezirk Hessen-Kassel 31 öffentliche Versammlungen, 8 Bildungsveranstaltungen und 8 Filmversammlungen mit 8000 Besuchern veranstaltet. Zahlreiche Neuaufnahmen und die Gründung 3 neuer Ortsgruppen waren der Erfolg. Der Bezirk Hessen-Nassau meldet 31 öffentliche Versammlungen, Hessen-Offenbach 18 mit fast 10000 Besuchern.

Trotz der Karnevalszeit brachte es der Bezirk Obere Rheinprovinz auf grösstenteils glänzend verlaufene Versammlungen. Neben 22 Reichsbannerveranstaltungen gab es im Bezirk Baden noch 18 Versammlungen der Sozialdemokratie.

Der Bezirk Württemberg kann 35 gut gelungene Versammlungen mit mehreren Tausend Besuchern melden.- Allein in 2 Tagen der Bezirk Franken ebenso 25 erfolgreiche Veranstaltungen.- Selbst in dem schwierigen Gebiet des Bezirks Oberpfalz/Niederbayern gab es zwei sehr gut besuchte Bezirkskonferenzen, 15 Versammlungen und mehr als 30 von der Sozialdemokratie unterstützte Kundgebungen! Allein in der Berichtswoche wurden 2 neue Ortsgruppen gebildet.

In Sachsen wird mit aller Kraft weitergearbeitet. Der Bezirk Zwickau führte 5 öffentliche Erwerbslosenversammlungen durch, die trotz gewalttätiger Sprengungsversuche erfolgreich beendet wurden. Daneben gab es noch 6 öffentliche Versammlungen und 13 Filmvorführungen.- Im Bezirk Chemnitz fanden 53 teilweise wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossene, glänzend verlaufene Versammlungen statt.- Der Bezirk Leipzig meldete 5 überraschend gut besuchte Versammlungen. Trotz Erhebung eines Eintrittsgeldes musterte der Bezirk Ostsachsen ohne den Unterbezirk Zittau etwa 40 000 Besucher in 32 Veranstaltungen! Der Bezirk Schlesien stiess in 29 Versammlungen, von herrlicher Kampf Stimmung erfüllt, bis in die kleinen Orte vor. Allein der Unterbezirk Glogau-Grünberg erreichte in dieser Woche seit dem 15. Oktober seine 150. Versammlung! Zahlreiche neue Aufnahmen und Abonnenten konnten verbucht werden.- Bewundernswert ist der Angriffsgest der unserer Genossen im Bezirk Mittelschlesien, die in 50 Versammlun-

gen mit fast 17 000 Besuchern den Kampf führten!

Die Parole Otto Wels: "Wo bleibt der zweite Mann?" hat gezündet! Machtvoll wird der Angriff unter der Parole: Für Sozialismus! Gegen Faschismus! in die Stellung des Gegners getragen. Die Versammlungslawine wird stärker und stärker!

SPD. Stuttgart, 27. Febr. (Eig. Drahtber.)

In der Haftprüfungssache Dr. Wolff und Frau Dr. Jakobowitz-Kiehnle wurde am Freitag nach fast neunstündiger Beratung beschlossen, den Haftbefehl gegen Frau Dr. Jakobowitz aufrechtzuerhalten, während Dr. Wolff gegen eine Sicherheit von 10 000 Mark auf freien Fuss gesetzt werden kann. Der Untersuchungsrichter hält bei Frau Jakobowitz nicht nur Flucht-, sondern auch Verabredungsgefahr für gegeben.

SPD. Sofia, 27. Febr. (Eig. Drahtber.)

Das Telegramm, das die bulgarische Regierung dem Exzaren Ferdinand von Coburg zu seinem am Donnerstag vollendeten 70. Geburtstag übermittelte, wird in den Kreisen der bulgarischen Linken als Herausforderung bezeichnet.

Der Vorsitzende der sozialistischen Fraktion hat an die Regierung eine Interpellation gerichtet, in der u. a. gefragt wird, ob die Regierung nicht begreife, dass ihre Geste eine Provokation der Mehrheit des Volkes bedeute, die mit Ferdinand längst gebrochen habe. Das Volk habe ihn seinerzeit als Hauptschuldigen an der nationalen Katastrophe davongejagt. Das Landesinteresse erlaube der Regierung nicht, mit dem entthronten Coburger noch irgendwelche Beziehungen zu unterhalten.

SPD. Brüssel, 27. Febr. (Eig. Drahtber.)

Auf der Eisenbahnstrecke bei Varennes zwischen Brüssel und Lüttich wurde am Freitag-Morgen die verstümmelte Leiche eines Mannes aufgefunden. Visitenkarten, in seinen Taschen, lauteten auf den Namen Viktor Schwarz, Budapest, Handlungsreisender und Vertreter einer Londoner Firma. Der Kopf des Opfers war mit einem eisernen Gegenstand eingeschlagen. Gleichzeitig wurde aus Herbesthal, an der belgisch-deutschen Grenze, gemeldet, dass dort in dem um 2,45 Uhr morgens eingelaufenen Zug London-Ostende-Brüssel-Köln ein leeres Abteil zweiter Klasse stark blutbefleckt vorgefunden wurde. Unter dem Sitz lag ein mit Blut befleckter Hammer. Der Mann ist ermordet und aus dem Zuge geworfen worden. Die Geldtasche des Opfers fehlte, sodass Raubmord vorliegt.

Von dem Mörder war zunächst keine Spur zu finden. Vor 14 Tagen war jedoch auf derselben Strecke ein in Brüssel wohnhafter holländischer Kaufmann in bestialischer Weise angegriffen worden. Von seinem Angreifer konnte er eine genaue Beschreibung geben. Am Freitag-Abend wurde nun in Lüttich ein Algerier verhaftet, in dem der Holländer bestimmt seinen Angreifer wiedererkannt haben will. Zugleich konnte die Polizei feststellen, dass der Algerier am Freitag-Morgen gegen zwei Uhr in einem Lütticher Hotel Unterkunft suchte, also etwa eine halbe Stunde nach der Ankunft des Zuges von Brüssel. Man glaubt bestimmt, in dem Algerier den Mörder gefasst zu haben.

Aus aller Welt

Der Schatz der Räuberbraut.

Aufregung um eine Riesenerbschaft von 75 Millionen Pfund.

SPD. Das lachende Leben hat wieder eine dramatische Geschichte geschrieben, mit einer Fantasie, dass alle Verfasser von Abenteuerromanen vor Neid erblassen müssen. Es handelt sich um eine Erbschaftsaffäre, deren Anfänge genau 138 Jahre zurückliegen. Ein gewisser Bonet (oder Boned) aus Italien oder Spanien stammend, ein windiger Bursche, wanderte um diese Zeit aus der Heimat aus, liess sich vom Leben hierhin, dorthin treiben und landete schliesslich auf der Insel Madagaskar. Bei seinem Tode hinterliess er 75 Millionen Pfund Sterling, überwies sie englischen Banken mit der Bestimmung, das Geld nach 140 Jahren den Erben auszuzahlen. Die Zeit ist 1934 herangekommen. Tausende von Personen in allen Ländern der Welt haben ihre Ansprüche geltend gemacht; wer der glückliche Erbe sein wird, bleibt der nahen Zukunft überlassen.

Die verschiedensten Versionen sind über die Vorgeschichte der seltsamen Affäre verbreitet. Fest steht auf alle Fälle, dass vor etwa 200 Jahren ein junger Mann in Madagaskar ankam, sich dem lohnenden Geschäft des Seeräubers hingab und schliesslich eine reiche Eingeborene, die Tochter des "Königs" von Sainte-Marie de Madagaskar, heiratete. Der junge Abenteurer nannte sich Bonet. Er stammte, wie es hiess, aus Spanien, aus der Stadt Alcanar in der Provinz Tarragona. Im portugiesischen Kriege hatte er sich hervorgetan; man sagt, er habe es bis zum Hauptmann gebracht, aber wegen dunkler Affären fliehen müssen. Die Heirat mit der reichen Eingeborenentochter war nur ein Idyll von kurzer Dauer. Die Bevölkerung empörte sich und der Abenteurer musste abermals flüchten. Er vergass indes nicht, das Riesenvermögen seiner Gattin mit auf die Reise zu nehmen. Mit einem Schiff wechselte er nach Britisch-Indien hinüber und führte hier das schöne Leben eines Nabobs bis zu seinem Tode. Testamentarisch wurde festgelegt, dass die Erben erst 140 Jahre nach dem Tode (1794) in den Besitz ihrer Rechte gelangen sollten. Damals waren nur zwei Erben vorhanden, ein Mann und eine Frau. Bis heute sind es mehrere Tausend geworden.

Soweit ist die Geschichte wohl ungewöhnlich und fantastisch, aber durchaus nicht verwickelt. Die Wirklichkeit hat dafür gesorgt, dass es an gefährlichen Momenten nicht fehlt. Wie erwähnt, soll der Erblasser aus Spanien stammen. Es gibt indes Leute, die dies bestreiten, und zwar Argentinier mit dem Namen Boned, in Buenos Aires ansässig. Nach ihrer Meinung stammte der Abenteurer garnicht aus Spanien, sondern aus Ligurien in Italien. Der Franz Bonet mit "t" am Ende des Namens sei in Spanien im Verlaufe eines Duells gestorben; es liege eine Verwechslung vor, vielleicht ein Irrtum des Schreibers bei der Abfassung des Testamentes in Britisch-Indien. Die Boneds haben sich zusammengesetzt, einen Rechtsanwalt genommen und eine Delegation nach London geschickt, um bei den britischen Banken die Auszahlung des Geldes zu beantragen.

Aber noch von dritter Seite wurde eine Komplikation der Affäre herbeigeführt. Es meldeten sich Leute aus Italien, die sich für die Erbfolge beanspruchten. Sie behaupten, der Abenteurer habe tatsächlich den Namen Bonet mit "t" geführt. Er stamme aber nicht aus Spanien oder Ligurien, sondern aus Sizilien. Auch die italienischen Erben bildeten ihren Verband, beauftragten ihre Rechtsanwälte und verlangen die Summe für sich allein.

Jetzt, in diesen Tagen, gab es nun eine vierte Sensation. In Frankreich meldeten sich Leute mit dem Namen Brunet. Sie stellen die Behauptung auf, der Glücksritter von Madagaskar habe überhaupt nicht den Namen Bonet oder Boned

geführt, er stamme weder aus Italien noch aus Spanien, er sei vielmehr Fran- zose gewesen und nur durch einen Schreibfehler wäre der ursprüngliche Namen Brunet in Fouet verfälscht worden. Diese Nachricht rief ungeheures Aufsehen in ganz Frankreich hervor.- schon deswegen, weil der Name Brunet hier ebenso häufig ist, wie Lehmann oder Schulze in Deutschland.. Die französischen Aspiranten haben natürlich auch ihre Advokaten genommen und den übrigen An- wärtern schwersten Kampf angesagt.

So steht die verwickelte Erbschaftsgeschichte augenblicklich. Vier Par- teien, mehrere tausend Menschen zusammen, beanspruchen die Erbfolge: Spanier, Argentinier, Italiener und Franzosen. Das Geld liegt auf den Londoner Banken für das Jahr 1934 auszahlungsbereit. Mit den Zinsen sind es mittlerweile 75 Millionen Pfund Sterling geworden. Die britischen Gesetze bestimmen, dass der vor 138 Jahren abgeschlossene Erbvertrag auch jetzt noch seine Gültigkeit be- sitzt. Wer das Geld bekommt, ist heute noch nicht vorauszusehen. Aber selbst wenn man es unter die mehreren Tausend Anwärter teilen würde, käme auf jeden noch eine hübsche Summe. Wenn... aber leider will eben jeder der Verwandten das Geld für sich allein und bekämpft die übrigen Anwärter wie seine schlimm- sten Feinde. Der alte Abenteurer im Himmel (oder in der Hölle) wird schmunzeln vor Genugtuung, seinen Nachkommen diesen Streich gespielt zu haben...

V.

+ + +
Wie Wilhelm ausrückte...

SPD.Brüssel, 27.Februar (Eig.Drahtb.)

Ein Redakteur des sozialistischen "Peuple" in Brüssel hatte in dem hollän- dischen Grenzdorf Eysdn eine Unterredung mit dem früheren holländischen Ser- geanten Brinckers, der am 10.November 1918, als Wilhelm II. nach Holland flüch- tete, die Grenze bewachte. Sergeant Brinckers machte folgende Mitteilungen:

"Wir brauchen keine Pässe, wir sind Militär!"

"Ich wartete mit 4 meiner Leute im Kaffee Walpot, als um 6 Uhr morgens einer meiner Wachtposten zu mir kam und mich davon benachrichtigte, dass etwa 10 deutsche Autos sich dem Posten näherten und vermutlich die Grenze über- schreiten wollten. Ich rief meine Leute zur Wache und ging sofort zum Schlag- baum, um zu erfahren was los sei. Zwischen dem belgischen Grenzposten und dem holländischen Posten bestand ein Streifen Land von ungefähr 100 Metern. Die Deutschen hatten bereits die Kette losgemacht und dasNiemandslan überschrit- ten. Zwei deutsche Generäle kamen zu mir, der eine sagte:"Wir wollen nach Hol- land." Ich:"Haben Sie Ihre Pässe?" Antwort:"Nein". Ich: "Unter diesen Umständen kann ich Sie nicht durchlassen." Antwort:"Aber wir haben keine Pässe notwendig. Wir sind Militär." Ich sagte:"Militär oder nicht. Wenn Sie keine vom hollän- dischen Konsul visierten Pässe haben, dann kann ich Sie nicht durchlassen." Antwort:"Wir müssen nach dem Haag in einer Angelegenheit von allergrösster Wichtigkeit.Wir haben keine Minute zu verlieren." "Wenn Ihre Papiere nicht in Ordnung sind, dann werden Sie holländischen Boden nicht betreten."

Der deutsche General war wütend. Dann änderte er plötzlich seinen Ton und sagte zu mir:"Es ist uns unmöglich, wieder zurückzukehren. Wir müssen un- bedingt nach Holland. Lassen Sie drei unserer Autos passieren. Wir werden dann sagen, dass wir unbefugt nach Holland gekommen sind und überlassen Ihnen dann die übrigen 6 Autos. Ich lehnte diesen Handel kategorisch ab und das ganze Abenteuer schien mir mehr und mehr verdächtig.

Die verdächtige Sache.

"Die Autos" - so fuhr Brincker fort - "hatten sich inzwischen hart der holländischen Grenze genähert. Die Insassen waren höhere Offiziere. Einer von ihnen fragte mich:"Wer ist der Kommandat dieses Postens?" Ich:"Im Augenblick bin ich es." "Gibt es keinen Regiments- oder Bataillonskommandanten?" "Die

Offiziere sind in Maastricht." "Ist das weit von hier?" "12 Kilometer." "Dann gehen wir selber hin, um sie zu finden." "Nein, Sie müssen hier bleiben. Wenn Ihre Papiere nicht in Ordnung sind, kann ich Sie nicht durchlassen." Darauf rief der erste Offizier: "Ich wiederhole Ihnen, dass es uns unmöglich ist, zurückzukehren." Ich antwortete ihm darauf: "Wenn Sie unbedingt durchwollen, dann werden Sie interniert werden." "Das ist es ja, was wir wollen." Ich sagte ihm, dass ich in diesem Falle den Major herbeirufen werde. Ich ging dann auch selbst zum Telefon, zumal keiner meiner Leute bisher jemals in seinem Leben telefoniert hatte, und der Major antwortete auf meinen Anruf, dass er sofort kommen werde.

Uebrigens wusste ich noch immer nicht, wer die Offiziere eigentlich waren, aber Sie werden verstehen, dass mir die ganze Sache sehr verdächtig vor= kam. Ich hatte bemerkt, dass einer der Offiziere, der eine alte Generals= uniform trug und eine platte Soldatenmütze auf dem Kopfe hatte, von den an= dern mit der grössten Achtung behandelt wurde und dass jeder, der mit ihm sprach, militärische Haltung einnahm. Ich bemerkte auch, dass alle Automob= ile sehr stark von Schmutz bedeckt waren, der offenbar absichtlich auf die Autos geworfen worden war. Als ich die Autos näher betrachtete, sah ich, dass sie den Kaiserlichen Adler trugen.

Der Chinesenschnurrbart....

Als ich zu den Offizieren kam, sprach mich der mit der Generalsuniform folgendermassen an: "Hör mal, Soldat, das Land ist hier sehr schön." Und dann, dem St. Petersburg zugewandt: "Man könnte glauben, dass man in Deutschland sei. Ich kenne Holland sehr gut." Er hielt den linken Arm gegen den Körper ge= lehnt und in der rechten Hand hatte er einen gelben Stock. Sein Gesicht war mir aufgefallen, es schien mir irgendwie bekannt. Ich hatte nun mehr und mehr die Gewissheit erlangt, dass ich den deutschen Kaiser vor mir hatte. Als ich das zweite Mal an ihm vorüberging, sprach er mich wieder an und erzählte mir von seinen Jugenderinnerungen in Amerongen und in anderen Teilen Hollands, vom Reichsmuseum in Amsterdam und vom Haag. Schliesslich sagte der Kaiser: "Werden Sie auch glücklich sein, wenn der Krieg zu Ende ist?" Ich antwortete ihm: "Gewiss, dann würden wir wenigstens nach Hause gehen können. Der Krieg hat schon lange genug gedauert." "Ja, - antwortete er - er hat zu lange gedauert. Die Alliierten wollten nicht, dass er zu Ende sei. Jetzt ist er zu Ende. Morgen wird der Waffenstillstand unterzeichnet." In diesem Augenblick kam der Major van Dyl im Auto an. Es war ungefähr 1/8 Uhr morgens."

Auf die Frage des Berichterstatters, wie sich der Kaiser bis dahin be= nommen hatte, antwortete der Sergeant Brinckers, er schien sehr gedrückt und ausserordentlich unruhig. Sein berühmter Schnurrbart war nicht nach oben ge= bürstet, sondern hing traurig herab, wie bei einem Chinesen.

Schliesslich erklärte der Major, dass die deutschen Offiziere zu Fuss nach dem Bahnhof Eysdn gehen sollten, der ungefähr 1100 Meter entfernt ist. Die Autos kamen langsam hinterher. Die Offiziere begaben sich sofort auf die Plattform des Bahnhofes. Sofort wurde der Bahnhof von einer Truppe von Solda= ten, die in Eysdn einquartiert waren, bewacht und der Zutritt dem Publikum streng untersagt."

"Nieder mit dem Kaiser!"

Auf die Frage des Berichterstatters, wie sich die Bevölkerung dieser Nachricht gegenüber verhielt, erzählte Brinckers: "Als man sich von der Wahr= heit überzeugt hatte, begab sich eine grosse Menge nach dem Bahnhof, darunter auch eine Anzahl belgischer Flüchtlinge. Es fielen Rufe wie: "Nieder mit dem Kaiser!" Wir hatten die grösste Mühe, zu verhindern, dass der Zaun des Bahn= hofs nicht durchbrochen wurde.

Um 8,40 Uhr morgens kam ein langer Eisenbahnzug von Vise in Eysdn an. Auf beiden Seiten wurden Maschinengewehre aufgestellt. Den ganzen Tag wurde unaufhörlich von Eysdn aus telefoniert und telegraphiert. Die Entscheidung der

holländischen Regierung liess jedoch lange auf sich warten. So war Wilhelm lange Stunden hindurch in Unsicherheit. Sein Verhalten an der Grenze und auf dem Bahnhof liess darauf schliessen, dass er nur daran dachte, um jeden Preis nach Holland zu kommen. Er hatte offensichtlich die Absicht Holland vor eine vollendete Tatsache zu stellen. Im Augenblick, wo er sich auf holländischem Boden befand, war die holländische Regierung gezwungen, ihn zu internieren und für ihn zu haften. Endlich, nach einem ganzen Tag, liess die holländische Regierung den Kaiser wissen, dass seinem Ersuchen um Internierung in Holland entsprochen werden würde. Der kaiserliche Zug verliess Eysdn am 11. November 1918 9,42 Uhr morgens, 25 Stunden nach der Ankunft an der Grenze. Wilhelms Fahnenflucht war vollendet...

+ + +

Geständnis der Zloty-Fälscher. Die Aufdeckung der Zloty-Fabrik in einem Haus in der Mittelstrasse im Zentrum Berlins führte zur Festnahme eines seit langem gesuchten berüchtigten Falschmünzers, der seit Juli 1930 eine grosse Zahl hervorragend angefertigter falscher Hundert-Rentenmarkscheine in Verkehr gebracht hat. Es ist der wegen Geldfälschung fünfmal vorbestrafte Steindrucker Richard Pfister aus Berlin-Neukölln, der gerade bei der Herstellung polnischer Hundert-Zlotynoten überrascht wurde. Zu den Verhafteten gehört ferner der Portier des Hauses Mittelstrasse 55, der mit den Geldfälschern im Bunde war und ihnen seine im vierten Stock gelegene Wohnung nebst zwei Kellerräumen vermietet hatte. Ausserdem wurde der polnische Staatsangehörige Joseph Schwimmer festgenommen, in dessen Wohnung Material zur Herstellung der falschen Hundert-Zlotynoten entdeckt wurde.

Zuerst wurde Schwimmer festgenommen. Seine Verhaftung erfolgte, nachdem er mehrere falsche Hundert-Rentenmarkscheine in Verkehr gebracht hatte. Die Festnahme Pfisters ist auf einen eigenartigen Umstand zurückzuführen. Als Pfister im Jahre 1930 wegen der Herstellung falscher städtischer Kohlengutscheine verhaftet worden war, fand man bei ihm einen Schlüssel, der zu keiner seiner Wohnungs- oder Korridor Türen passte. Als Pfister wieder frei gelassen wurde, flüchtete er und hielt sich seitdem verborgen, während der Schlüssel in den Händen der Polizei blieb. Nachdem Beamte des Falschgelddezernats jetzt das Stadtviertel in Erfahrung gebracht hatten, in dem sich die Fälscherwerkstatt befinden musste, probierten sie den Schlüssel Tag und Nacht das gesamte Stadtviertel durch, suchten das "finanzkräftige" Haus und - fanden es. Keiner der Bewohner des Hauses hat gemerkt, dass in der Wohnung des Portiers Tag und Nacht die Notenpresse arbeitete. Die Verhafteten haben ein Geständnis abgelegt.

+ + +

Aus Leichtsinn ins Gefängnis. Auf der Grube Maria in Mariasdorf im Aachener Grubengebiet wurden zwei Bergarbeiter und ein Schiessmeister verhaftet, die der Pulverkammer der Grube Sprengstoff ordnungsgemäss entnommen, aber an einer Stelle vergraben hatten, an der erst am nächsten Tage Sprengungen vorgenommen werden sollten. Die Verhafteten haben infolge dieser Bequemlichkeit das Leben ihrer Arbeitskollegen in Gefahr gebracht und sich in unverantwortlicher Weise gegen die bergpolizeilichen Vorschriften vergangen.

+ + +

Verurteilte Krawallmacher. Eine Anzahl der Berliner Demonstranten, die am 25. Februar, dem missglückten "Weltgrosstkampftag" der Kommunisten festgenommen worden sind, wurden am Freitag zu Geldstrafen verurteilt. Sie waren beschuldigt, durch Zurufe unflätigster Art wie "Arbeitermörder", "Sadisten", und "Grzesinski-Hunde", Polizeibeamte beleidigt zu haben. Ein Angeklagter, der einen berittenen Schutzmann mit einem grossen Stein beworfen hatte, erhielt drei Monate Gefängnis. Ebenso wurden zwei Fälle schwerer Widersätzlichkeit gegen die Polizei mit je sechs und sieben Wochen Gefängnis geahndet.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Neuer Vorstoss gegen den Tarifvertrag.

Nordwest will. Abkürzung der Lauffrist.

SPD. In Essen hielt am Freitag=Nachmittag die Tarifkommission der Gruppe Nordwest der Eisen- und Stahlindustrie eine Besprechung ab, in der die Arbeitsmarktlage und die Tarifrfragen erörtert wurden. Die Unternehmer erklärten, dass sie am 1. März die Absicht der Kündigung des Rahmentarifs mitteilen würden. Die Besprechung drehte sich um die Erleichterungen, die die Eisenindustrie angesichts der schwierigen Wirtschaftslage zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe fordert. Sie wird am 9. März fortgesetzt. Allem Anschein nach wollen die Unternehmer versuchen, zunächst im Rahmentarif (Urlaub, Bezahlung von Ueberarbeit, Sonntagsarbeit, Familienzuschlag usw.) ihre Abbauforderungen wirksam machen, doch haben sie auch Pläne hinsichtlich des Lohntarifs geschmiedet.

Worin bestehen diese Pläne? Arbeit Nordwest versucht, in freier Vereinbarung mit den Gewerkschaften eine Abkürzung der Laufzeit des bis zum 30. September gültigen Tarifvertrags zu erreichen. Wenn die Schwerindustrie die Abkürzung der Lauffrist, d.h. praktisch die Aufhebung des Lohnabkommens auf dem Weg freiwilliger Vereinbarung erstrebt, dann macht sie zunächst nur aus der Not eine Tugend. Es bleibt ihr schlechterdings nichts anderes übrig, da ihre Spitzen bei ihrem schon vor Weihnachten unternommenen Versuch, die Regierung zur Aufhebung der noch laufenden Verträge zu bewegen, abgeblitzt sind. Wohin die Reise der Schwerindustrie geht, hat soeben der Reichsarbeitsminister bei dem Besuch der Gewerkschaftsführer bei Hindenburg angedeutet. Er gestand zu, dass Vertreter der Arbeitgeber von ihm verlangt haben, das staatliche Schlichtungswesen wenigstens vorübergehend zu suspendieren.

Die Schwerindustrie war unvorsichtig. Sie hat zu schnell die Katze aus dem Sack gelassen, und sie hat es sich daher nur selbst zuzuschreiben, wenn jetzt die Gewerkschaften ihr gegenüber von tiefstem Misstrauen erfüllt sind. Wer kurzerhand die Beseitigung des staatlichen Schlichtungswesens, d.h. Ellenbogenfreiheit für den Stärkeren - und das ist im Augenblick infolge der Arbeitslosigkeit das Unternehmertum - fordert, dem steht es schlecht zu Gesicht, den Harmlosen zu markieren. Wer freie Bahn für den Stärkeren fordert, der hat kein Recht, dem Schwächeren vorzuwerfen, dass er unnachgiebig und hartnäckig an Verträgen festhält. Der Tarifvertrag ist ein Schutz für die Schwachen, und daher ist es ein böser Missgriff, wenn er jetzt von den der Presse der Schwerindustrie mit Hilfe absonderlicher und bösartiger Vergleiche heruntergemacht wird. Es heisst, der Tarifvertrag sei kein absolutes Evangelium. Wenn man sogar eine Abänderung internationaler Verträge, die das grosse Elend über uns gebracht hätten, fordere, dann könne man wohl auch verlangen, dass ein unter Deutschen abgeschlossener Vertrag, wenn er der Gesundheit der Wirtschaft im Wege stehe, abgeändert wird. Man bringt es also fertig, den Tarifvertrag mit dem Versailler Vertrag in eine Parallele zu stellen. Der Versailler Vertrag - wenn man auf diese Hetzereien mit einem Wort eingehen soll - ist ein mit dem Schwert erzwungener Vertrag zu Gunsten der Starken und zu Ungunsten der Besiegten. Arbeitsverträge dagegen sind Schutzdämme für die Wehrlosen und Bedrückten. Die Sicherung dieser Schutzdämme war nie notwendig als in diesen Tagen. Ihre Durchbrechung würde nur der Anarchie auf dem Arbeitsmarkt, dem Kampf aller gegen alle den Weg ebnen.

Die Schwerindustrie fordert Abänderung der Tarifverträge zum Zweck des

Lohnabbau. Ihre eigene Presse muss aber zugeben, dass das neue Agrarprogramm verdammt schlecht in die Linie einer Preis- und Lohnabbaupolitik hineinpasst. Schon wird auch eine Steigerung des Brotpreises angekündigt. Die Verteuerung des Getreides bringt zwangsläufig auch eine Verteuerung von Fleisch und Fett. Die Finanznot der Städte droht die Verkehrstarife von neuem in die Höhe zu treiben. Angesichts dieser Tatsachen wäre es vollendeter Wahnsinn, wenn die Gewerkschaften selbst mit Hand anlegen würden, um den Schutzdamm der Tarifverträge zu zerbrechen. Damit ist selbstverständlich nicht gesagt, dass die Gewerkschaften sich nicht bemühen, überall dort, wo es ohne Schädigung der Arbeitermassen möglich ist, der Wirtschaft wieder auf die Beine zu helfen. Sie haben bei dem bisherigen Lohnabbau grosse Opfer gebracht. Nun ist es an den Unternehmern, Opfer zu bringen. Die Verhandlungen über den Rahmentarif der Schwerindustrie Nordwest bieten eine Gelegenheit dazu. Oder soll auch hier wieder nur der Arbeiter bluten?

SPD. Der Konflikt zwischen den Gemeindearbeitern und der Stadtverwaltung in Köln hat sich zugespitzt.

In verschiedenen grossen Versammlungen der christlichen Gewerkschaften und des Gesamtverbandes, in denen zum Konflikt Stellung genommen wurde, kam zum Ausdruck, dass die Gewerkschaften mit neuen Verhandlungen einverstanden sind, jedoch die schärfsten gewerkschaftlichen Kampfmittel anwenden, falls die Stadtverwaltung dazu übergehen sollte, einzeln die Arbeitsverträge zu kündigen und die Weiterbeschäftigung zu einem per Diktat abgebauten Lohn anzubieten. Das gleiche gilt für den Fall, dass die Verwaltung versuchen sollte, über den Zentralausschuss hinweg ein unparteiisches Schiedsgericht zustande zu bringen und zu beantragen, dass dessen Entscheidung sofort für verbindlich erklärt werde.

SPD. Der Lohntarif für das rheinisch-westfälische Transportgewerbe ist von den Gewerkschaften mit Wirkung zum 31. März gekündigt worden.

SPD. Die Firma Krupp A.G. entlässt sicherem Vernehmen nach in der nächsten Zeit etwa 1 000 Mann in ihren Essener Betrieben. Die Kündigung ist zunächst nur wegen des Ablebens der Frau Margarethe Krupp verschoben worden.

SPD. Die Bezirksgruppen Hessen-Unterfranken des Reichsverbandes deutscher Zigarrenhersteller haben ihrer Zentrale Vorschläge zum Neuabschluss des Tarifvertrags in der Zigarrenindustrie unterbreitet, die einen Lohnabbau bis zu 28% vorsehen. Zunächst soll die nach dem 1. März 1928 in Kraft getretene Erhöhung der Reichsgrundlöhne um 8% vollständig beseitigt werden; ferner wird die restlose Streichung des Bezirkszuschlages für das Untermaingebiet in Höhe von 8% gefordert und dazu eine Kürzung der Ortszuschläge bis zu 8%. Aber damit noch nicht genug: neben den genannten vorgeschlagenen Lohnkürzungen werden noch eine Reihe von Verschlechterungen für einzelne Arbeitergruppen gefordert, so z. B. die Herabsetzung der Kistenmacherlöhne um 10 %.

Wir verstehen die Zigarrenfabrikanten nicht. Warum fordern sie nicht kurz entschlossen auch noch die unentgeltliche Lieferung des zu verarbeitenden Tabaks. Hoffentlich zieht die Tabakarbeiterschaft daraus die entsprechende Lehre; Hinein in den Deutschen Tabakarbeiterverband!

Wirtschaft Technik Handel

Gewerkschaftshäuser A.G.

(Neue Holdinggesellschaft im A.D.G.B.)

SPD. Im Rahmen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist eine Holdinggesellschaft gegründet worden, die den Zweck hat, die Gewerkschaftshäuser zusammenzufassen. Das jüngste Kind der freien Gewerkschaftsbewegung führt den Namen Verwaltungsgesellschaft Deutscher Gewerkschaftshäuser A.G. Das Unternehmen ist mit einem Kapital von 50 000 Mark ausgerüstet; erforderlichenfalls, also bei Zutritt neuer Mitglieder, kann dieses Kapital erhöht werden. Geschäftsführer sind Ernst Schulze und Dr. Arons vom ADGB. Aufsichtsrat und Vorstand werden von Wicklein-Leipzig, Piekerodt-Hannover, Hennig-Altenburg, Rasch-Breslau, Hein-Hamburg, Sprung-Berlin und Schiefer-München gebildet. Dazu treten Theodor Leipart, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Geheimrat Bachen von der Arbeiterbank.

Die Notwendigkeit eines organisatorischen Zusammenschlusses der Gewerkschaftshäuser ist seit langem erkannt worden. Dahin drängte vor allem das Durcheinander in den Gesellschaftsverträgen der bestehenden Unternehmungen. Hier sind wohl so ziemlich alle Gesellschaftsformen vertreten, angefangen vom primitivsten eingetragenen Verein, der eingetragenen Genossenschaft, der Gesellschaft mit beschränkter Haftung bis zur offenen Handelsgesellschaft. Das tut nicht gut. Die ersten beiden Formen sind z.B. nichts anderes als die Garantie für die beim Amtsgericht eingetragenen Vereins- bzw. Genossenschaftsmitglieder, dass sie die Privateigentümer des Besitzes sind, obwohl in zahlreichen Fällen die Gewerkschaften bzw. andere Körperschaften die Anteile bezahlt haben. Auf Grund einer ungenügenden Regelung bestand die Gefahr, dass die Gewerkschaften ihres Besitzes verlustig gehen könnten, und wir wissen, dass diese Gefahr im Rahmen der Kämpfe mit den Kommunisten mehr als einmal greifbar geworden ist.

Schon vor Jahren hat sich die Mehrzahl der Volkshäuser zu einer Arbeitsgemeinschaft vereint. Aus dieser Arbeitsgemeinschaft heraus erwuchs der Entschluss zu einer festeren Organisation. Nach Ansicht der Bundesvertreter im ADGB hatte diese festere Organisation den Zweck, das in den Gewerkschaftshäusern investierte Vermögen für die Gewerkschaften unangreifbar sicherzustellen, eine selbständige sachgemäße Kontrolle über die Gewerkschaftshäuser durch Revisionszwang auszuüben, alle erreichbaren steuerrechtlichen Vorteile sicherzustellen und eine juristische Körperschaft zu bilden, die für alle Häuser auch für neu zu gründende Unternehmungen die allein berufene Rechtsstelle sein kann. Die Bundesvertreter kamen auch zu der Auffassung, dass ein fester Zusammenschluss der Häuser nur dann einen wirklichen Wert habe, wenn die Gewerkschaftshäuser in eine besondere Dachgesellschaft aufgehen und der vorhandene Vermögensbesitz der neuen Gesellschaft effektiv übereignet wird. Dieser Tendenz entspricht die neugegründete Verwaltungsgesellschaft Deutscher Gewerkschaftshäuser.

Die Angliederung der einzelnen Unternehmungen ist in der Weise gedacht, dass zunächst bei jeder anzugliedernden Unternehmung der Vermögensstand festgestellt und als Uebernahmewert nur der Effektivwert genommen wird, der nach Abzug der Belastung verbleibt. Als Gegenwert für die Uebereignung gibt die Holdinggesellschaft dann für das festgestellte Aktivvermögen Aktien an die Ortausschüsse bzw. die beteiligten Gewerkschaften. Nicht übernommen werden

können aus steuerrechtlichen und geschäftlichen Gründen die in den Häusern vorhandenen Restaurations- und Hotelgeschäfte. Sie müssen verpachtet werden, wobei man daran denkt, örtliche Betriebsgesellschaften zu gründen, welche die vorhandenen Unternehmungen in eigene Regie übernehmen.

SPD. Die deutschen Baumwollspinnereien haben sich zur Durchführung eines grosszügigen Produktionsdrosselungsprogramms zusammengetan. Beteiligt sind die vier grossen Baumwollspinnereiverbände (in Süddeutschland, Rheinland-Westfalen, Sachsen und Schlesien). Damit werden nahezu alle, also etwa rund 10 Millionen Spindeln erfasst.

Die vorliegenden Beschlüsse sind als der Ausgangspunkt für ein grosses einheitliches Produktionskartell anzusehen. Die Drosselung soll sich zunächst auf einen Zeitraum von 6 Wochen beziehen. Von einer Vereinheitlichung der Drosselung sieht man ab. Diejenigen Fabriken, die bis 60% beschäftigt sind - als Normalbeschäftigung gilt die Beschäftigung der Gesamtzahl der Spindeln bei einer 54-Stundenwoche -, verpflichten sich, die Beschäftigung nicht darüber hinaus zu steigern. Bei einer Beschäftigung bis 70% tritt eine Drosselung auf 60%, bei einer Beschäftigung bis 80% auf 65% und bis 90% auf 70% ein. Betriebe, die über 90% beschäftigt sind, sollen um ein Viertel kürzen. Davon ausgeschlossen sind Zweizylinderspindel, alle Spindel, bei denen Feingarne in Nr. 70 englisch und darüber hergestellt werden, und diejenigen Spindeln, die Exportgarne produzieren. Bei den Spinnwebereien fallen die Verkaufsspindel unter die Drosselung.

SPD. Das Reichsstatistische Amt gibt eine Übersicht über die Eisenerzeugung im Jahre 1930. Sie betrug in Deutschland 9,695 Millionen to gegenüber 13,401 Millionen to im Jahre 1929. Damit hat sich die arbeitstägliche Leistung von 36 700 to im Jahre 1929 auf 26 000 to im Jahre 1930 gesenkt. In England ging die Erzeugung von 7,711 auf 6,296 Millionen to zurück. Das entspricht einem Rückgang der arbeitstäglichen Produktion von 21 100 to auf 17 300 to. Die amerikanische Produktion senkte sich von 42,964 Millionen to auf 31,903 Millionen to oder arbeitstäglich von 117 700 to auf 87 400. Frankreich hat verhältnismässig günstig abgeschnitten. Die Senkung von 10,364 Millionen to auf 10,098 Millionen to entspricht einem Rückgang der arbeitstäglichen Leistung von 28 400 to auf 27 700 to. Die arbeitstägliche Leistung in Belgien ging von 11 200 arbeitstäglich auf 9 300 zurück, was einer Verringerung der Gesamtmenge von 4,096 Millionen to auf 3,394 Millionen to entspricht. Die polnische Produktion sank von 704 000 auf 478 000 to ab. In Italien sank die Leistung von 678 000 Tonnen auf 534 000 to.

Von Bedeutung ist, dass Frankreich im Jahre 1930 an die Spitze der europäischen Eisenproduktion getreten ist, während bisher Deutschland die Führung hatte.

SPD. Die australischen Wollauktionen setzten durchaus mit einer festen Preisbildung ein.

SPD. Die Spitzenorganisation der preussischen Landwirtschaftskammern, die Preussische Hauptlandwirtschaftskammer, die am Freitag ihre Jahresversammlung im Reichswirtschaftsrat in Berlin abhielt, hielt es für angebracht, sofort in zwei Resolutionen die deutschnationalen Reichstagsmitglieder zur parlamentarischen Arbeit zurückzurufen. Dass dabei an die Gefahr der zollfreien Gefrierfleisch einfuhr erinnert wurde, ist selbstverständlich.

Im übrigen unterhielt man sich über die Osthilfe und zwar in einer Weise, dass der anwesende Reichsminister Treviranus das Wort fand, man könne schliesslich mit Notverordnungen alles machen, nur nicht das Ausland zwingen, Anleihen an Deutschland zu gewähren.

Das einleitende Referat hielt der Ostpreusse Brandes. Der Redner charakterisierte den ganzen Zusammenbruch der in den letzten Jahren betriebenen Agrarpolitik. U.a. versuchte er - wahrscheinlich braucht man das, damit Herr Schiele gegebenenfalls die Sicherungen für erfüllt erklären kann, wovon das Reichskabinet die neuen Zollerhöhungen abhängig macht - der Oeffentlichkeit weiszumachen, dass die Umstellung in der deutschen Landwirtschaft auf die anders gewordenen Markt- und Absatzverhältnisse und auf die anders gewordenen produktionstechnischen Verhältnisse sehr weit fortgeschritten sei. So erziele die standardisierte schleswig-holsteinische Butter in Hamburg höhere Preise als die dänische Butter. Die Handelskammer Essen beklage sich auch, dass es jetzt schon zu viel landwirtschaftliche Standardware gebe. Schade, dass ausser der Handelskammer in Essen niemand etwas von einem Ueberfluss an Standardisierung in der deutschen Landwirtschaft merkt. Im übrigen sieht Brandes das Heil in einer Unterbindung jeglicher Agrareinfuhr nach Deutschland. Der Deutsche solle essen, was auf seinem Bode wachse, was die deutsche Landwirtschaft für gut hält zu produzieren. Dabei ist den Herrschaften vom Schlage Brandes die Handelskriegswelle, die ihre Politik auslösen muss, mit ihren Milliardenverlusten für unsere Volkswirtschaft völlig gleichgültig. Selbstverständlich macht Brandes auch für die Agrarkrise die Reparationszahlungen verantwortlich und fordert "unverzüglich" die Revision des Vertrages ohne Rücksicht darauf, dass Leute, die die Dinge kennen, ständig darauf hinweisen, dass bei einer Revision alles darauf ankomme, den günstigen Augenblick für Deutschland zu wählen. Voreiligkeit könne nur schaden.

Dagegen ist Brandes gegen wirkliche Mängel auf agrarischem Gebiet sehr weitherzig. In seiner Rede wurden wir abermals mit Klagen über die Preisspannen überschüttet. So kostet Roggen 4% weniger als vor dem Krieg, Roggenbrot aber 34% mehr. Weizen ist um 17% gesunken, Weizenmehl dagegen um 47% gestiegen. Der Erzeugerpreis für Kartoffeln hat sich gegenüber dem Krieg um 20% vermindert, der Verbraucherpreis dagegen um 33% erhöht. Der Milchpreis auf dem Lande verminderte sich um 10%, in der Stadt stieg er dagegen um 34%. Der Unterschied zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist ja nichts Neues. Wenn die Landwirtschaft schon für sich in Anspruch nimmt, dass sie zu niedrige Erzeugerpreise erhält, so muss der Konsument darauf hinweisen, dass er wirklich zu hohe Preise für seine Lebensmittel bezahlt. Die Spannen zwischen den Erzeuger- und Verbraucherpreisen fliessen nicht in die Tasche der Konsumenten, sondern in die Taschen des Zwischenhandels. Wohl verlangte Herr Brandes in seiner Rede Lohndruck; aber davon, dass es notwendig sei, einen Druck auf die Zwischengewinne auszuüben, davon schwieg er leider.

Im übrigen wurde beim Vorstand der Preussischen Hauptlandwirtschaftskammer ein Ausschuss für Arbeiterwesen gebildet. Es handelt sich hier um eine Abbiegung des Gedankens, die Landarbeiter zu den Arbeiten in der Landwirtschaftskammer heranzuziehen. Die neue Harmoniegründung wird Schiffbruch erleiden wie andere Gründungen vor ihr.

Gute Ultimogewinne.

(Börsenbericht für die Woche vom 23. bis 28. Februar)

SPD. Berlin, den 28. Februar 1931

Wesentliche Veränderungen der Kurse sind im Verlauf der letzten Woche nirgends an der Börse eingetreten. Die Stimmung war freundlich, die Tendenz im Grunde stets fest, aber jeder neue Punkt Steigerung brachte Realisationen der Spekulation und Verkäufe aussenstehender Kreise mit sich. So traten zwar keine nennenswerten Abschwächungen ein, aber die jeweiligen Tagesgewinne wurden doch schnell wieder ausgeglichen. Neben diesen markttechnischen Momenten wirkten ebenfalls in Richtung dauernder Schwankungen die gegensätzlichen Aeusserungen der Verwaltungen in den Generalversammlungen der beiden Elektrogrosskonzerne AEG und Siemens. Während Siemens das Bild der Wirtschaft schwarz in schwarz malte, sprach Bücher von der Ueberwindung des Tiefstpunktes der Krise. Kein Wunder, dass so angesichts der Empfindsamkeit der Börse diese Meinungsäusserungen bald pessimistische bald optimistische Kreise die Oberhand an der Börse gewinnen liessen. Ein Ausbruchsversuch nach oben, der um die Mitte der letzten Freitagbörsen zu beobachten war, brach noch vor Börsenschluss wieder in sich zusammen.

Diese Entwicklung ist durchaus verständlich, wenn man sieht, welche gewaltigen Steigerungen der Februar gegenüber dem Januar gebracht hat. Die am letzten Dienstag erfolgte Festsetzung der Liquidationskurse für Ultimo Februar zeigt durchschnittliche absolute Steigerungen innerhalb vier Wochen von 20 bis 25 Punkten bei einer ganzen Anzahl von Aktien. Die Werterhöhungen gehen sogar bis zu 40%, in der Mehrzahl liegen sie zwischen 10 und 25 %. Das ist gewiss eine ansehnliche Korrektur der scharf gesunkenen Kurse, die nun in weiten Kreisen der Börse als der gegenwärtigen Wirtschaftslage durchaus entsprechend bezeichnet werden. Daher die Zurückhaltung bei neuen Käufen, die täglich neuen Realisationen bei nur wenig anziehenden Notierungen. Daher schliesslich die sogenannte "Stabilität".

Die Favoriten der jüngsten Hausse sind, so sehr diese Erscheinung im Widerspruch zu den grossen Verlustabschlüssen der führenden Konzerne dieser Industrie steht, die Kunstseidenaktien. Der Ultimojanuarkurs der Aka notierte 48 %. Bis letzten Freitag setzte sich eine Erhöhung auf 72,5 à 71,25 % durch. Nicht weniger kräftig war die Erholung bei der Bembergaktie, die von Ultimo Januar 45 auf 63 % zum Februarultimo, also um 18 Punkte oder ebenfalls nicht viel weniger als 40 % des Wertes stieg. An nächster Stelle kommen einige Elektropapiere, so vor allem Siemens. Ultimo Januar notierten sie 146 %, Ultimo Februar aber 182 %. Ihnen folgten Elektrizitäts-Lieferungsgesellschaft (von 97 auf 120%). AEG bleiben mit 102 nach 88 %, also mit unter 20% Wertgewinne, etwas dahinter zurück. Noch übertroffen werden sie von Schuckert, die um etwa 23 % anstiegen.

In der Rangordnung folgen chemische Papiere. Farbenaktien kletterten von 117 auf 138 %, d.h. um 21 Punkte oder etwa 20 % ihres Wertes, die Oberkoksaktien stiegen von 60 auf 74%, d.h. um über 20 % des Wertes. Etwa im gleichen Ausmass bewegen sich die Wertsteigerungen der Brauereipapiere, so Schultheiss, die von 143 auf 174 % oder um ca. 20 % des Wertes anzogen. Am Montanmarkt bestrugen die Wertgewinne durchschnittlich 5 bis 10 %. Ausnahmen bildeten Mitteldeutsche Stahlwerke mit einem Gewinn von etwa 18 % (von 86 auf 102%) und Rheinische Braunkohlen mit einem solchen von ca. 12 % (143 auf 160%). Am Kali-markt konnten Salzdetfurth knapp 10% gewinnen (200 nach 183%), mussten aber am Freitag bis 195,5 % nachgeben. Schiffahrtsaktien konnten Gewinne von 9 bis 15 % aufweisen. Die einzige generelle Ausnahme bildeten die Banken, wenn auch bescheidenen Ausmasses. Immerhin waren Danatbank nach 138 im Januar nur noch 135 %, DD-Bank nach 108 nur noch 106 %.

Zunächst Realisationen.

(Berliner Getreidebörse vom 27. Februar.)

SPD. An der Berliner Produktenbörse trat am Freitag ein bemerkenswerter Umschwung der Stimmung ein. Nach den starken Preissteigerungen der Vortage machten sich am Markte der Zeitgeschäfte starke Rückgänge bemerkbar, die sich beim Roggen für Märzlieferung bis auf 7 Mark steigerten, sonst aber im Durchschnitt 4 bis 5 Mark betrugten. Später trat wieder eine leichte Erholung ein. Jedoch blieben die Preisabschläge für Lieferungsgetreide recht beachtlich. Diese Bewegung ist als eine natürliche Reaktion auf die Hausse der Vortage zu bewerten; andererseits machte sich auf Basis der hohen Preise stärkere Realisationsneigung in der Provinz bemerkbar. Infolge dieser Lage im Zeithandel hielten sich die Käufer auch am Lokomarkt sehr zurück. Hier waren Preisabschläge von etwa 2 Mark zu verzeichnen. Am Mehlmarkt lauteten die Forderungen der Mühlen für Roggenmehl um 25 Pfennige billiger, während für Weizenmehl zu meist unveränderte Forderungen gestellt wurden.

	<u>26. Februar</u> (ab märkische Station in Mark)	<u>27. Februar.</u>
Weizen	289 - 291	287 - 289
Roggen	166 - 168	163 - 165
Braugerste	210 - 218	208 - 216
Futter- und Industrierogerste	192 - 210	192 - 208
Hafer	150 - 155	147 - 153
Weizenmehl	34,00-40,50	34,00-40,50
Roggenmehl	24,60-27,25	24,35-27,00
Weizenkleie	11,50-11,75	11,50-11,75
Roggenkleie	10,20-10,70	10,20-10,70

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März 298½-299½ (Vortag 302), Mai 304-305 (307½), Juli 303½-304 (308). Roggen März 180-181 (187), Mai 188-188 ¾ (193), Juli 189 bis 190½ (191). Hafer März 155-157 (160), Mai 166½-167 (170), Juli 174 und Geld (177).

Berliner Viehmarkt.

(27. Februar 1931)

SPD. Die Preise auf dem Schweinemarkt gaben bei genügendem Angebot weiter nach. Für schwere Tiere konnten die Preise besser gehalten werden. Auf dem Hammelmarkt gab es anziehende Preise bei ruhigem Geschäft. Auf dem Kälbermarkt entwickelte sich, wie jedesmal vor der Leipziger Messe, regeres Geschäft, da sich der Export am Handel beteiligte. Für Rinder konnten die letzten Preise gehalten werden; die Preise für Kühe zogen an.

Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark:
Kühe: a) 32-38 (voriger Markt 32-37), b) 25-31 (24-30), c) 23-24 (22-23), d) 20-22 (18-21), Kälber: a) - (-), b) 55-60 (54-59), c) 47-56 (48-55), d) 28-40 (32-43), Schweine: a) (über 300 Pfund) 50-52 (50-53), b) (240-300 Pfund) 50-52 (51-52), c) (200-240 Pfund) 49-51 (50-52), d) (160-200 Pfund) 46-49 (47-50), e) (120-160 Pfund) 43-45 (44-46), f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 48 (48-49).

Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S P D

Berlin, den 27. Februar 1931.

Die verruchte Grosstadt.^x

Von Weare Holbrook (New York).

SPD. Dem New Yorker, der den besten Teil des Tages damit verbringt, an den Strassenkreuzungen darauf zu warten, bis sich ein rotes Licht in ein grünes verwandelt, muss das Gerede von der ruhelosen Hast des Grosstadtlebens reichlich übertrieben vorkommen. Der grosstädtische Verkehr ähnelt immer mehr einem Gesellschaftsspiel, "Lebendige Statuen" genannt, welches darin besteht, dass die Teilnehmer zuerst im Kreise tanzen und dann, wie durch den Blick der Medusa versteinert, auf ein unerwartetes Signal hin plötzlich stehen bleiben und ihre grotesken Stellungen beibehalten müssen, bis ein neues Signal sie erlöst. Millionen Provinzler lassen sich nicht von der Meinung abbringen, dass das Leben in einer Grosstadt hastend, nervenaufreibend und - ausschweifend sei.

Als Tante Eulalia und Onkel Augustus in New York ankamen, um einige Tage bei den Jessups zu verbringen, war Tante Eulalias erste Frage: "Sagt mal, haben sie den Pariser Klub schon ausgehoben?"

"Den Pariser Klub?" fragte ihr Neffe erstaunt. "Wo ist denn der?"

"In der 38. Strasse", unterrichtete ihn Onkel Augustus. "Man bekommt dort Absinth - besseren als in Paris!"

Jessup wusste, dass Onkel Augustus in seinem ganzen Leben weder in New York noch in Paris gewesen war. "Woher weisst du denn das alles, Onkel?" fragte er.

"Aus dem Parkersburger Morgenkurier", erklärte Tante Eulalia. "Sie haben dort eine tägliche Rubrik "Aus dem New Yorker Sündenbabel". Wir verfolgen sie ständig."

Onkel Augustus und Tante Eulalia blieben drei Tage in New York. Am ersten Tage führte Jessup sie ins Metropolitanmuseum, zum Woolworth-Wolkenkratzer, ins Aquarium und zur Freiheitsstatue im Hafen. Es war ein anstrengender Tag, und Jessup freute sich darauf, bald ins Bett zu gehen. Aber auf dem Heimwege sagte Onkel Augustus: "Also in welche Revue gehen wir heute, Fred?"

"Ich habe leider für heute keine Karten besorgt. Wir glaubten, dass ihr nach der Reise heute müde sein werdet...."

"Aber, Fred!" antwortete Onkel Augustus, "wir wollen durchaus nicht, dass du und Fanny unsertwegen euer gewohntes Nachtleben aufgibt. Ihr dürft euch durch uns in keiner Weise behindern lassen. Vielleicht könnten wir uns "Die bunten Wiesen" ansehen. Aber ihr wart ja sicher schon dort."

"Nein," sagte Jessup beschämt, aber ich weiss, dass die Karten für vier Wochen ausverkauft sind." Onkel Augustus wusste jedoch Bescheid. Er hatte in Parkersburg von einem Portier in einem Hotel in der Achten Avenue hinter dem Griechischen Restaurant gelesen, wo man alle gewünschten Karten bekommt. So erstand Jessup vier Karten zum Preise von 26 Dollar vierzig. Erst als sie gegen dreiviertel acht Uhr das Theater betraten, merkten sie, dass die Karten auf den nächsten Tag lauteten. Was blieb ihnen andres übrig, als die Gesellschaft in eine jener New Yorker Kinokathedralen zu führen, wo man sich eine halbe Stunde nach Eintrittskarten anstellen muss und dann zwei Stunden damit verbringen darf, von seinen Plätzen aufzustehen und sich wieder zu setzen, um zu spät Kommende in die Sesselreihe zu lassen!

Am nächsten Tage nahm Herr Jessup Onkel Augustus auf die Effektenbörse

mit, und Frau Jessup begleitete Tante Eulalia beim Einkaufen. Tante Eulalia führte eine lange Liste mit sich; aber anstatt all ihre Besorgungen in einem grösseren Warenhause zu machen, wie es Frau Jessups Gewohnheit war, raste sie auf der Suche nach den Spezialgeschäften, von denen sie in Parkersburg gelesen hatte, die Strassen auf und ab.

Gegen fünf Uhr nachmittags schlug Frau Jessup zaghaft vor, Tante Eulalia möge doch ihre Porzellanschweinchen in demselben Laden wie ihr Bridgegedeck besorgen, was Tante Eulalia in helle Entrüstung versetzte. "Weisst du denn nicht", sagte sie, "dass man Porzellanschweinchen nur in Anne Louise Vandervert's Laden in der 57. Strasse kaufen kann?"

Gern wären die Jessups an diesem Abend zu Hause geblieben, um das Konzert der Goldman Band im Radio zu hören. Aber sie hatten ja ihre Karten für die "Buten Wiesen". Und nach einstündiger Autofahrt gelangten sie ans Ziel ihrer Wünsche.

Nach dem Theater erklärte Tante Eulalia, gern einen Nachtclub besuchen zu wollen. Es zeigte sich, dass sie in ihrem Notizbuch genaue Aufzeichnungen über die wichtigsten "Speak-easies" und Nachtclubs führte.

Am folgenden Tage führten die Jessups Onkel und Tante in den Zoologischen Garten. Dann besuchten sie eine Nachmittagsvorstellung und hierauf abermals ein Kino. Hierauf schlug Jessup ein Dinner in einem ruhigen Restaurant vor, aber Onkel Augustus wollte nicht, dass man etwa auf ihn Rücksicht nehme, und bestand auf einem Konzertlokal.

Ahends fuhren Tante Eulalia und Onkel Augustus mit dem Zehn Uhrzuge heim. Tante Eulalia war gerührt. "Erst zehn Uhr!" rief sie aus. "Für euch vergnügungssüchtige Grosstädter beginnt der Abend jetzt erst. Wie ich euch beneide!"

Nachher jedoch, als sie mit Onkel Augustus allein im Zuge sass, seufzte sie erleichtert auf. "Es ist doch gut", bekannte sie, "dass wir wieder heim nach Parkersburg fahren. Die Grosstadt ist ja für ein paar Abende ganz nett, aber ich möchte nicht um alles dort immer leben. Es muss eine furchtbare Hetzjagd sein. Du hast doch bemerkt, wie müde Fanny und Fred immer aussahen?"

"Kein Wunder", erwiderte Onkel Augustus. "Bei dem Leben, das sie führen. Jeden Tag nichts als Hasten und Hasten und jeden Abend ins Theater, ins Kino und in die Nachtclubs. Es ist mir unverständlich, wie diese Grosstadtmenschen das aushalten können!"

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von
Leo Korten.)

----- Die Armbanduhr.^x -----

SPD. Das Grabenstück, vor dem der englische Flieger abgestürzt war, konnte von drüben eingesehen werden. Bei Tage passierten wir die Stelle nur ungerne. Es war da auch noch ein Nebengraben, durch den wir gehen konnten. Da also lag die englische Maschine, halb verbrannt. Nur der eine Teil der Tragfläche ragte mit seiner rot-weiss-blauen Kokarde wie ein Zeltdach über die Lehmkluft des Grabens. Diese Kokarde erinnerte an jene bunten, beringten Zielscheiben, nach denen wir als Knaben mit dem Luftgewehr geschossen hatten. Aber Flugzeuge, sofern sie nicht über uns brumnten, interessierten uns wenig. Wenn wir dennoch zuweilen nach diesem Wrack hinüberschielten, so galt es dem englischen Piloten. Es war aus der brennenden Maschine gesprungen, ein paar Schritte getaumelt und dann zusammengebrochen. Er musste zu Tode getroffen gewesen sein, als er niederging. Nun lag er da, dicht vor unserm Graben auf der Brüstung. Als wir den Kragen und Shlips sahen, überkam uns wieder jenes merkwürdige Gefühl, das wir kannten; es war nämlich, als sei dieser Tote gar kein Soldat, als sei es ein Zivilist, der hier lag, und erst die bunten Ordensbänder am Khakirock und die Tressen am Ärmelaufschlag korrigierten den wunder-

lichen Eindruck. Der Arm des Toten hing über unsere Brustwehr herab, und am Handgelenk tickte eine Uhr. Das konnten wir natürlich nicht hören, aber wir sahen die Zeiger im Hinrinnen der Stunden langsam kreisen. "Sie geht eine Stunde nach", sagte unser Leutnant. "Nach der westeuropäischen Zeit geht sie richtig", erwiderte der Vize, der ein angehender Oberlehrer war.

In diesem Augenblicke gab es einen Stoss. Wir warfen uns nieder. Erde und Steine brausten in einer wirbelnden Fontäne über uns hinweg. Dann standen wir langsam wieder auf. Niemand war getroffen. Der Leutnant schüttelte seine linke Hand. "Verdammt, sie steht", hörten wir ihn fluchen. Diesmal meinte er seine eigene Uhr. Das Glas war gesprungen; die Zeiger waren verbogen. Es war ganz natürlich, als er fortfuhr: "Wenn es dunkel wird, hol' ich mir seine". Schliesslich ward es dunkel, und wir gingen zusammen hin. Der Leutnant schnallte den schmalen Lederriemen am Handgelenk des Toten auf, band die Uhr um, und erst dann zogen wir die Leiche herab, um sie nach hinten zu tragen zur Beerdigung. "Herr Leutnant, ich möchte bitten, mir das Stück Tragfläche mit der Kokarde aneignen zu dürfen", sagte der Vize. "Warum?" fragte der Leutnant. "Zum Anschauungsmaterial für meine dereinstigen Schüler." Wir lachten alle. Der Engländer lag auf einer Zeltbahn zu unsern Füssen. "Wenn Sie glauben, dass Sie noch einmal hier lebend wegkommen". Der Vize stutzte eine Sekunde. Dann aber begann er, seine Trophäe mit dem Seitengewehr loszusäbeln.

Wir gingen in den Unterstand. Dort stand ein Melder vom Stabe. Er brachte eine verschlossene Ordre. Als der Mann gegangen war, warf der Leutnant das Papier auf die Kiste, die ihm als Tisch diente. "Wenn die da hinten es nicht durchs Telephon gegeben haben, dann weiss ich schon so, was drin steht". Ich wusste es auch, nahm den schweren Hörer vom Apparat und liess mich mit denen da hinten verbinden. Ich forderte Schnaps an und fragte, ob wir für unsern Unterstand drei Flaschen Rotwein haben könnten. "Fünf", korrigierte mich der Leutnant. Zwei Stunden später hatten die Leute den Schnaps und wir den Wein und ausserdem ebenfalls Schnaps. Als wir die erste Flasche leer hatten, öffnete der Leutnant den Befehl vom Regiment, der immer noch auf der Kiste lag. "Vier Uhr", sagte er und schob den Ärmel vom Waffenrock ein wenig empor, um auf das Zifferblatt zu sehen. "Noch sechs Stunden". - "Verzeihung, Herr Leutnant", mahnte vorwurfsvoll der Vize, "nur noch fünf Stunden. Diese englische Beuteuhr ist nach westeuropäischer Zeit gestellt. Die Differenz beträgt..." Eine Handbewegung brachte ihn zum Schweigen. Dennoch sagte er, nachdem wir wieder getrunken hatten: "Es wäre ratsam, die Uhr richtig zu stellen." - "Ich mag nicht dran drehen", knurrte der Leutnant. Wir tranken weiter. Der Vize störte uns. Als wir ihm schliesslich kaum noch antworteten, stand er auf, um sich schlafen zu legen. "Um früh, in der entscheidenden Stunde, frisch zu sein", sagte er. - "Affe!" rief der Leutnant, als der Vize draussen war, schmiss den Becher des Vize an die Wand und goss dann sich und mir erneut ein. "Post ist nicht gekommen?" fragte er. "Nein." - "Ist vielleicht auch besser so." Ich hatte meine alte Konfirmationsuhr aus der Hölse genestelt. "Noch drei Stunden". Der Leutnant lächelte. "Ich hab' noch vier". Das Lächeln um seinen bartigen Männermund blieb, "Es ist doch merkwürdig," meinte er, "dass die da drüben immer eine Stunde länger zu leben haben als wir". Ich war zu müde, um etwas zu erwidern, zu müde auch, um aufzustehen und mich auf meine Pritsche zu werfen. So schlief ich, auf die Kiste gebeugt, ein.

Der Leutnant weckte mich. Wir holten den Vize und gingen die Mannschaftsunterstände ab. Dort schliefen nur noch ein paar. Die meisten unserer Leute standen schon im Graben. Das erste Morgenlicht schimmerte auf den Helmen. Der Leutnant stand hart an der Brüstung. Mit einem einzigen Satze konnte er oben sein. Er hatte den Arm gebogen und starrte unentwegt auf das Zifferblatt. "Haben Herr Leutnant auch genaue Zeit?" fragte der Vize. Er bekam keine Antwort. Der Leutnant hatte die Signalpfeife schon zwischen den Lippen. Wir tasteten noch einmal nach den Handgranaten, den Gasmasken und dem Koppelzeug. Da schrillte der Pfiff. Ich kletterte als Letzter aus dem Graben. Ich hatte

acht zu geben, dass keiner zurückblieb. So kam ich mit dem kleinen Rest erst an die englische Stellung, als der Graben bereits genommen war. Rechts und links krachte es aus den Unterständen von explodierenden Handgranaten. Ein paar Ueberlebende standen mit verstörten Gesichtern und erhobenen Händen im Laufgange. Niemand kümmerte sich um sie. Vorn schrillte die Pfeife des Leutnants. Wir bekamen sehr starkes Feuer aus dem zweiten Graben. Dennoch arbeiteten wir uns vor. Es wurde langsam heller. Wir sahen, wie ein kleiner Trupp von uns schon im Nahkampf mit dem Tommy war, dicht vor der zweiten Stellung.

Da fiel der Leutnant. Die andern um ihn mussten zurück. Wir alle lagen in Trichtern und alten, halbverschütteten englischen Gräben. Wir konnten nicht vor und nicht zurück. Von drüben strichen die Maschinengewehre über uns hinweg. Die englische Artillerie hatte eingesetzt und trommelte wie wahnsinnig auf das Stückchen Erde, in dem wir lagen. Der Vize hatte sich neben mich geworfen. Ich liess mir sein Fernglas geben und suchte den Leutnant ins Blickfeld zu bekommen. Ich wollte wissen, ob er verwundet sei oder tot. "Nun?" fragte der Vize. "Tot", sagte ich. In dem Höllenlärm entstand eine kleine Pause. Ich hörte, wie der Vize einem, der rechts von ihm lag, zurief. "Leutnant gefallen. Alles hört auf mein Kommando. Weitersagen!" - "Affe!" knurrte ich, und mir war als könnte ich dem toten Leutnant damit ein Lächeln schenken. Ehe wir zurück mussten, richtete ich noch einmal das Glas auf den Leutnant. Er lag auf der Brüstung des englischen Grabens. Sein linker Arm, an dem die Uhr tickte, hing in den Graben hinein. Er hatte die Uhr weder gestellt noch aufgezogen. Er war nach ihrem Zeigerstand eine Stunde früher gefallen als die toten Kameraden um uns.

Am nächsten Abend kam die Post. Den Brief, der an den Leutnant gerichtet war, liessen wir zurückgehen. Mit einem Vermerk auf dem Umschlag.

Der Vize ist nicht gefallen. Nicht einmal verwundet worden.

Roland Marwitz.

Steinkohlenbergwerk unter Berlin.^X

SPD. Wussten Sie schon, dass es mitten in Berlin ein Steinkohlenbergwerk gibt? Mit richtigen Steinkohlen! Es ist nicht besonders gross, aber dafür besonders musterhaft ausgebaut. Man braucht nicht einmal tief hinunterzusteigen, um bis an die Kohlenflöze zu kommen. Das Herz jedes Bergmannes würde lachen, wären alle Bergwerke so sauber und so vollkommen angelegt wie dieses. Man geht sogar auf einer richtigen Treppe bequem hinunter bis zur Hauptfördersohle. Im Füllort stehen vor den Förderkörben ein paar Kohlenzüge, die die schwarzen Diamanten aus den Schächten herausbringen und nun auf die Beförderung nach oben warten; es muss wohl gerade Feierabend sein. Etwa klein scheint dieser Sammelbahnhof des Bergwerks zu sein, aber kann man mitten in Berlin ein grosses Bergwerk verlangen?

Langsam geht man durch den Hauptquerschlag. Kein Mensch begegnet einem mehr. Auch der Mann aus der Sprengstoffkammer ist nicht mehr da. Hat er vergessen, die Türe abzuschliessen? Noch liegt sein Eintragungsbuch offen auf dem Pult, und in der Sprengstoffkammer selbst stehen Kisten mit den verschiedensten Patronen umher. In einem Querschlag sollte gerade eine Sprengung vorgenommen werden. Der Pressluftbohrer steckt noch zwischen das Gestein eingezwängt.

Und da sieht man auf einmal, dass in diesem sonderbaren Bergwerk die Steinkohle zum grössten Teil nur an die Wand gemalt ist. Die herumliegenden Brocken und Stücke sind nicht hier heraus-, sondern erst mühsam in dieses Bergwerk hineinbefördert worden.

Es ist das Lehr- und Musterbergwerk im Deutschen Arbeitsschutzmuseum in Charlottenburg. In diesem Museum, das in den fast dreissig Jahren seines Bestehens alles gesammelt hat, was es an Mustergültigem und Bemerkenswerten im Arbeitsschutz und der Arbeiterwohlfahrt auf allen Gebieten gibt und geben

sollte, befindet sich dieses merkwürdige Bergwerk. Es ist ein Lehrbergwerk mit allen den Schutzanlagen, die ein richtiges Bergwerk hat oder doch wenigstens haben sollte. In einem kleinen Vorraum hängen zahlreiche Grubenlampen. Von der ältesten, einfachsten bis zur modernsten. Da sind Signaleinrichtungen, die die Verständigung zwischen Füllort, Hängebank, Fördermaschine und der Oberwelt ermöglichen. Man baut sie heute elektrisch. Der Stromschluss der Kontakte erfolgt unter Oel, damit eine Funkenbildung ausgeschlossen ist, die in Schlagwettergruben eine grosse Gefahrenquelle bilden könnte. Die verschiedenen Bauformen werden gezeigt, die Schutzvorrichtungen bei der "Schiessarbeit", in der Sprengstoffkammer. Tüten und Buhnen mit Gesteinsstaub sind überall angebracht, die sich als wirksamste Schutzmassnahme gegen Grubenexplosionen erwiesen haben. Der Gesteinsstaub bringt, wenn er aufgewirbelt wird, Explosionsflammen zum Erlöschen, und Kohlenstaub mit Gesteinsstaub ist nicht mehr entzündbar. Da jedem schlagenden Wetter ein starker Luftdruck vorausgeht, so werden die Buhnen mit dem Gesteinsstaub nur leicht kippbar aufgehängt. Durch den Luftdruck werden sie bei nahendem Schlagwetter umgestürzt, und der aufwirbelnde Gesteinsstaub bildet eine schützende Wand.

In einem Stollen hat man einen künstlichen Grubenbrand inszeniert. Bergleute mit Gasmasken mauern die Brandstelle einfach zu, während einer die Sauerstoffzufuhr kontrolliert, damit die Arbeitenden nicht in der Eile des Rettungswerks auch noch durch den Mangel an Luftzufuhr zu Opfern werden. Löschapparate, Rettungsgegenstände und die Frischluftzufuhr werden bildlich demonstriert. Trotzdem man in einem Musterbergwerk nur ein paar Stufen unter der Erde ist und bequem durch die hellen, sauberen Schächte gehen kann, erkennt der Laie sogleich, wie schwer und mühselig und gefahrenvoll der Beruf des Bergmannes ist, wie dringend notwendig die Schutzmassnahmen sind, die man hier zeigt.

Aber dieses Bergwerk ist nicht der einzige Bestandteil des Arbeitsschutzmuseums. Es ist nur der kleinste Teil dieser grossen Sammlung, die aus der "ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt" in den letzten dreissig Jahren geworden und gewachsen ist. Da sieht man alles, was auf dem Gebiete der Hygiene des allgemeinen Lebens, der Gewerbehygiene und der Unfallverhütung dazu dienen kann, zwischen all den Maschinen der Moderne die Maschine Mensch zu bewahren. Denn er ist, von aller Ethik abgesehen, auch von diesem realen Standpunkt aus eine gute Maschine, kunst- und wertvoll gefügt. Auch das zeigt diese Ausstellung an einigen markanten Beispielen, die sich geschickt an die Mentalität derer wenden, für die dieses Museum begründet ist. Da sieht und liest man an Beispielen und in Worten, dass die menschlichen Sehnen stärker sind als gleich dicke Ketten, dass die Zugfestigkeit der Gelenkbänder 315 bis 380 Kilogramm beträgt, dass sich, theoretisch natürlich nur, an das menschliche Becken fünf Erwachsene hängen können, ohne dass dieses reisst. Da erfährt man staunend über sich selbst, dass die Druckfestigkeit des menschlichen Schienbeins 1650 Kilogramm beträgt. Zwanzig Mann, heisst das, lieber Leser, könnten sich auf die Spitze Deines Schienbeins stellen, ehe es bricht. Sechshundertundneununddreissig Muskeln besorgen die Bewegung der Maschine Mensch, und jeder Schlag seines Motors Herz bedeutet eine Kraft von 0,2 Meterkilogramm. Das macht in der Minute 13,5; in der Stunde 815; im Tage 20 000 Meterkilogramm. In fünfzig Jahren die stattliche Kraft von dreihundertfünfundsechzig Millionen Meterkilogramm. Hätte diese Maschine nicht schon dann ein Recht auf Schutz, wenn sie nicht auch noch Mensch wäre?

Von den kleinsten Berufskrankheiten bis zur schwersten Gasvergiftung ist alles gezeigt und jede Schutzmöglichkeit demonstriert. Alle Berufe treten auf, zeigen die Unfälle, die durch sie geschehen können, und was man dagegen tun muss, getan hat und immer noch mehr tun müsste. Manchmal sind es die einfachsten Dinge, die Menschenleben bewahren helfen. So einfach, dass man darüber verblüfft ist. Da ist beispielsweise eine Maschine, die schon viele Arbeiter die rechte Hand gekostet hat. Mit der linken setzten sie durch einen Hebeldruck die Maschine in Gang, und schon hatten sie sich mit der rechten in ihren

Messern gefangen. Was war dagegen zu tun? Ein neues Ei des Kolumbus! Man konstruierte die gleiche Maschine mit zwei Hebeln auf beiden Seiten. Nur wenn beide bewegt werden, kann die Maschine in Bewegung gesetzt werden. Und wenn beide Hände an Hebeln liegen, dann können sie nicht in die Messer kommen.

Alles, was Schwerindustrie, chemische Industrie, Handwerk, Gewerbe, Landwirtschaft, was alle Berufsgruppen und -zweige unternehmen, um den Schutz und die Wohlfahrt ihrer Arbeiter zu steigern, das wird hier gezeigt und wechselseitig den Unternehmern demonstriert. Überblickt man den heutigen Stand des Arbeiterschutzes und vergleicht ihn mit früheren Zeiten, dann sieht man, dass vieles schon geschehen, vieles besser geworden ist. Aber vieles ist auch heute noch zu tun. Noch immer fordert jeder Beruf seine Opfer an Leben und an Gesundheit. Noch immer werden Glieder verstümmelt, Körper geschwächt, Lungenverpestet. Noch immer lauert der Tod zwischen Maschinen, von Gerüsten, aus Dämpfen und Gasen. Dass diese Zahl der Toten, Verwundeten und Arbeitsgeschwächten auf dem täglichen Schlachtfelde der Arbeit auf ein Minimum reduziert werde, das ist die Aufgabe, das Ziel dieses Museums, die hehrste Aufgabe, die ein Museum haben kann.

Und noch einmal klettert man in den Schacht des Lehrbergwerks hinunter und wünscht in nicht sehr rosigen Gedanken, dass immer mehr die vielen Bergwerke der Praxis angleichen mögen an dieses Bergwerk der Theorie.

Mario Mohr.

----- Eine neue Ebert-Büste. -----

SPD. Verhältnismässig versteckt ist in der gegenwärtigen Ausstellung der "Deutschen Kunstgemeinschaft" in Berlin eine neue Ebert-Büste zu sehen, die aus besonderen Gründen stärkste Beachtung verdient. Sie stammt von dem Bildhauer Max Nienhaus, ist als etwas über lebensgrosse Bronze erst kürzlich geschaffen worden und scheint vor allen anderen plastischen Darstellungen Eberts geeignet zu sein, als ernsthafte Vorlage für eine künstlerisch wirklich, ansprechende Kleinplastik zu dienen, ohne dass ein kostspieliger Materialaufwand eine solche verkleinerte Nachbildung unnötig zu verteuern braucht.

An Ebert-Bildnissen herrscht gewiss kein Mangel, auch nicht an plastischen Arbeiten. In erster Linie sind wohl die Porträts nach dem Leben von Bednorz, Anthes und Georg Kolbe zu erwähnen und vielleicht noch der Kopf von Rudolf Belling, der später entstanden ist. Soweit bisher bekannt wurde, ist nur der Kopf von Bednorz in Verkleinerungen verbreitet worden. Einen erfreulichen Eindruck macht er dabei tatsächlich nicht. In der billigen Galvano-Ausführung wirkt der Kopf leer, belanglos, trivial. Ein gewisser Grad von Ähnlichkeit, der natürlich von jedem Interessenten gefordert werden muss, ist selbstverständlich vorhanden. Es fehlt hier aber der organische Einklang zwischen der Ähnlichkeit als solcher und der auch künstlerisch wirksamen Formgebung, der bei dem Original immerhin anzufinden ist. Ob die anderen Plastiken für eine Verkleinerung besser geeignet sind, erscheint fraglich. Die Arbeiten von Anthes und Kolbe wohl schon deshalb nicht, weil sie tatsächlich von dem Bilde Eberts, wie man es heute noch in der Erinnerung hat, stark abweichen. Gegenüber der Arbeit von Belling aber ist man im Zweifel, Selbst wenn man, in die zahlreichen Lobeshymnen über diese Darstellung, die nüchtern betrachtet, manche heute schon deutlich spürbaren Manieriertheiten aufweist, mit einstimmensollte, ist nicht anzunehmen, dass die doppelt lebensgrosse Plastik in der Verkleinerung noch wirksam bleibt. Es würden wahrscheinlich nur die stark betonten Stilmerkmale noch betonter in die Erscheinung treten, während von dem eigentlichen Ebert-Bilde kaum noch etwas übrig bleibt.

Die Arbeit von Nienhaus scheint dagegen zweifellos geeignet zu sein, als Vorlage in diesem Sinne verwandt zu werden. Sie erhebt durchaus nicht den An-

spruch aufsehenerregender Originalität. Dafür aber ist ihr eine formale Gediegenheit übergewöhnlicher Art eigen, wozu noch das Merkmal straffer Plastizität tritt. Heroisiert wird nur durch die klare Betonung der unverkennbaren Eigenheiten des Kopfes Ebert's, nicht aber durch äusseres Herantragen von Besonderheiten, auch nicht durch ein Einpassen des Physiognomischen in ein gewissermassen originelles Stilschema. Wichtig ist besonders, dass sich Ähnlichkeit und künstlerischer Ernst vollkommen die Wage halten, was ein grösserer Wert zu sein scheint, als etwa aus hundert Quellen der Erinnerung gewissermassen ein Idealbild zu konstruieren. Der sicherste Wert dieser Arbeit ist schliesslich jedoch ihre grosszügige, aber nicht üblich stilisierte Vereinfachung und Abrundung auf ganz wenige Akzente. Eine solche Einfachheit dürfte auch dann nicht verloren gehen, wenn man dieses Werk zum Zwecke der Vielfältigung beträchtlich verkleinern sollte. Auch ein mehr oder weniger hochwertiges und nicht kostspieliges Material könnte die künstlerische Gediegenheit des Ausdrucks und die menschliche Wirkung nicht so verändern, dass etwas Unzulängliches dabei herauskommt. Bttsn.

Der Ruf aus dem Keller.^x

SPD. Heute hat auf dem fettigen Tisch in der Fremdenstube der Herberge ein Zeitungsblatt gelegen. Ein buckliger Hausierer, der seinen Kasten Zwirn, Gummiband und Druckknöpfe durch ganz Deutschland schleppt, hat es mit der Inbrunst eines Menschen verschlungen, der nur zeitweise eine Zeitung zu sehen bekommt. Er las den politischen Teil und den unterhaltenden mit Andacht und verwandte viel Zeit auf die Nachrichten aus der Provinz. Zuletzt machte er sich über die Anzeigen her, wie ein Feinschmecker über den Nachtmahl, der ihm Zusammenfassung und Höhepunkt eines Mahles ist, dessen Ende er bedauert. Ich habe gewartet und gegiert: Wie lange dauert das noch? - Wenn der Alte umständlich die Seiten faltete, stieg Zorn in mir hoch... Zuletzt ist es mir geglückt, die Zeitung zu erwischen, ehe jemand anders zugreifen konnte. Ich las: "Buchenkronen sind mit einem goldgelbschimmernden Saum überreift, blutrote Eschentäucher auf, hellgelbe Lärchen, gold-lamé-leuchtende Birken und schwefelgelbe Ahorne, reines, edles Mahagonibraun überzieht die Eichen, und das flammendste Rot, das wir in der Natur haben, wird vom wilden Wein und vom Essigbaum aufgelegt..." Weiter bin ich nicht gekommen. Der "Vize", der Vertreter des Herbergsvaters, liess uns antreten und besah unsre Hemden, ob sie sauber waren. Dann wurde das Licht ausgedreht: weil keiner etwas verzehrte, mussten wir schon um 7 Uhr schlafen gehen. Für Kartenspieler und Zeitungsleser lässt der Herbergsvater kein Licht brennen.

Wir müssen nach unten, in den Keller. Der Vize leuchtet uns die lebensgefährlichen Stufen hinunter. Die Flamme seiner Kerze zuckt im Luftzug auf und nieder. Unsre Schatten an den feuchten Wänden sind groteske Zerrbilder unsrer Umrisse. Wir spüren den feuchten Modergeruch des Kellers. Der Vize wartet, bis wir auf die Holzpritschen gekrochen sind, die an den Wänden übereinander aufgestellt sind wie die Kojen in den Schiffskabinen. Nur: diese Schlafpritschen ähneln den Regalen, die in den Gemüsekellern zum Aufbewahren von Äpfeln und Kartoffeln dienen. Keiner von uns legt seine Kleider ab. Jeder dreht sich in eine der bereit liegenden zerrissenen, übelriechenden Decken. Der Vize klappert die Kellerstufen hinauf. Es ist dunkel... Von irgendwo aus dem Hause klingen die Töne eines Posaunenchores zu uns herunter. Sie spielen eine fromme Melodie. Die Pritsche ist hart. Mich friert. Ich vergrabe die Hände in die Hosentaschen und krümme mich unter die Decke. Meine Zähne schlagen aufeinander. Dicht bei mir klappert's auch, ganz leise, klack, tack, tacktack... Ein Kumpel flucht böse. Aber was hilft's? Die Kälte kriecht den Rücken entlang. - Oben blasen

sie noch immer.

Ich denke an das, was ich im Fremdenzimmer gelesen habe. Wie schön sie das zu schreiben wissen: Buchenkronen sind mit goldschimmerndem Saum überreift... Sie sehen überall das Schöne, und wir sitzen im Keller! Ja doch, wir sehen das Schöne auch: wir lieben die herbdiesige Luft des Herbstes, die die Gedanken klar macht; wir saugen diesen Duft berauscht ein, den die Dörfer im Herbst ausatmen: er riecht, als wenn grünes Holz verbrannt würde, wie saure Milch. Wir sehen die Ebereschen erglühen - aber - : viele unserer Tage gehen unter schwarzem Regen vorbei. Tote Bäume haben ein gelbes Nadelhemd angezogen: es sickert von den höheren Tannen. Von dem Hutrande klingeln uns die Tropfengirlenden ins Gesicht, und die Feuchtigkeit sammelt sich in unsern Taschen. Zwischen dem Filigran der Äste pfeift der Wind. Und Abends fischen wir Träume aus den bewegten Teichen des Strohs. Verblichene Sonne wärmt uns aus den silbergelben Halmen.

Und dann kommt der Winter. Und jetzt friert uns.

Als ich heute Morgen durch ein Dorf ging, liefen mir die Kinder nach und verhöhnten mich, weil meine morschen Schuhe auseinanderfallen; die Sohle löst sich vom Oberleder und schlappt beim Gehen auf den Boden, dass es aussieht wie ein junger Hund, der gähnen möchte und zu faul dazu ist.

Ich fühle meine Füsse nicht mehr. Sie sind wie abgestorben. Neben mir stöhnt jemand im Schläfe. Das helle Quadrat des Fensters mit dem dunklen Geflechte der Gitterstäbe ist sichtbar.

Ob es wohl bald wieder Frühling wird? Wenn doch wieder der Maiwind ans Fenster bullerte! Der Frühling vergiftet das Herz mit Sehnsucht, und dann - die warmen Sommerabende im Walde, die Welt wie hinter einem hauchdünnen Vorhang verborgen, Herbst dann -, und nun ist's Winter! was soll dieser Kreislauf?

"Du, Kollege," sagt ein Kumpel über mir, "du, mich friert!"

"Ja", sage ich. "Ob wir wohl noch jemals wieder feste Arbeit kriegen?"

Erich Preusse.

SPD. Entdeckung eines grossen Meteors.^x Das herniederstürzen grosser Welttrümmer auf die Erde geschieht glücklicherweise nicht allzu oft, denn bei einem dauernden kosmischen Bombardement würde der Aufenthalt auf unserm Planeten nicht gerade angenehm und ungefährlich sein. Es würden unter solchen Umständen wohl auch bald Versicherungen gegen Meteorschäden abgeschlossen werden. Ab und zu saust aber doch ein "Klumpchen" hernieder, vor dem selbst der grösste Dickkopf einen Seitensprung machen würde. So wurde kürzlich wieder in Afrika; zwischen dem Tanganyika- und dem Nyassa-See, ein grosser Meteor aufgefunden. Da solche grossen Meteore einen beträchtlichen Wert haben, so hielt der glückliche Finder, der afrikanische Landmesser Nott, seine Entdeckung so lange geheim, bis er von der nächsten Verwaltungsstelle der britischen Regierung die Bergwerks- und Grabungsrechte für die dortige Gegend in Händen hatte. Der Meteor besteht aus einer festen Nickeleisenmasse und hat einen Durchmesser von 1,2 Metern und eine Länge von ungefähr 4,5 Metern. Er hat sich bei seinem Sturz etwa eine Meter tief in den Erdboden eingegraben. Die Witwatersrand-Universität der britischen Transvaalkolonie wird in Kürze genaue und sorgfältige Analysen des Meteors vornehmen. Man glaubt, dass, wie es häufig der Fall ist, Nickeleisen und Chrom die hauptsächlichen Bestandteile des Meteors sein werden.

SPD. Kein Apollo.^x Ein Wintersportler purzelt in den Schnee. Erhebt sich und zitiert pathetisch: "Und da erhebt sich der Gott mit feuchtem apollinischem Körper!" Da guckt ihn ein Mädel ironisch von oben bis unten an: "Na, aber mehr feucht als apollinisch!"

Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 27. Februar 1931.

SPD. Auf der Tagesordnung der Freitagsitzung des Landtags stand ein Antrag der Deutschen Volkspartei, der das Staatsministerium ersucht, sofort anzuordnen, dass die öffentlichen Gebäude in Preussen an dem am 1. März stattfindenden "Volkstrauertag" halbmast zu flaggen haben.

Der Verfassungsausschuss schlug dem Hause vor, den Antrag abzulehnen und dafür an das Staatsministerium das Ersuchen zu richten, eine alsbaldige Regelung über die Einführung eines Volkstrauertages herbeizuführen. Im Ausschuss hatten sich die Regierungsparteien auf die Ablehnung des Antrages geeinigt. Am Freitag fielen dagegen, infolge der Einwirkung der Volkspartei, Zentrum und Staatspartei um. Unter diesen Umständen beantragte Abg. Jürgensen (Soz) die Rückverweisung des Antrages an den Verfassungsausschuss. Der Antrag wurde mit allen bürgerlichen Stimmen gegen Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Nunmehr beantragten die Sozialdemokraten namentliche Abstimmung, wobei sie und die Kommunisten sich der Stimme enthielten. Die bürgerlichen Parteien, die den Antrag für so dringend halten und die insgesamt über 257 Mandate verfügen, brachten jedoch nur 123 Stimmen auf. Das Haus war also beschlussunfähig.

Präsident Bartels hob die Sitzung auf. In der sofort eröffneten neuen Sitzung darf nach der Geschäftsordnung ein Gegenstand, der die Beschlussunfähigkeit herbeiführte, nicht mehr behandelt werden. Da sich der Landtag am Freitag auf Dienstag vertagte, bestand für die bürgerlichen Parteien praktisch keine Möglichkeit, ihren Willen bis zum 1. März durchzusetzen.

Anschliessend wurde die Justizdebatte fortgesetzt.

Justizminister Dr. Schmidt

führt aus: Er könne nicht die Meinung des Abg. Weissermel (Dntl) teilen, dass ein grosser Teil der preussischen Richterschaft das neue Schlagwort "Gefesselte Justiz" für zutreffend halte. Die preussische Richterschaft dürfte vielmehr den Vorwurf, dass sie "gefesselt" sei, in ihrer überwiegenden Mehrheit weit von sich weisen und den Inhalt des Moritz'schen Buches so beurteilen, wie sämtliche Mitglieder des Hauptausschusses, nämlich als eine hemmungslose parteipolitische Propaganda und als ein tendenziöses Machwerk, das unverdiente Beachtung fand. Der Minister habe, um der mit dem Buch betriebenen Reklame zu begegnen, seine eigenen Ausführungen im Hauptausschuss an die Justizbehörden verteilen lassen und werde ihnen auch die Niederschriften über die Beratungen des Justizhaushalt im Ausschuss und Plenum zugehen lassen. Hinsichtlich der Personalpolitik verweise er auf die grundsätzlichen und lückenlosen Ausführungen, die er bereits im vorigen Jahr und auch diesmal gemacht habe. Gerade im letzten Jahre sei den Wünschen des evangelischen Volksteils durch Besetzung zweier leitender Stellen im Rheinland in besonderem Masse entsprochen worden.

Abg. Steuer (Dtl): Die heutige Rechtsprechung ist eine stumpfe Waffe gegen Korruptionerscheinungen, weil sich die Betreffenden rechtzeitig eine Unfallpolice in Form des S.P.D.-Mitgliedbuches verschaffen. Die Sozialdemokratie will in der Justiz das letzte überparteiliche Palladium zerstören. Da sie ihre Intelligenz bereits aufgebraucht hat, springt das Zentrum ein. Die Todesstrafe ist nicht nur berechtigt für Mord, sondern muss auch auf Landesverrat ausgedehnt werden. Landesverrat ist auch die Revolution von 1918 gewesen, als die Sozialdemokratie das Volk mit Gewalt gezwungen hat, mit demokratischen Karten zu spielen. Für die Deutschnationalen fällt der Kampf um den Rechtsgedanken zusammen mit dem Kampf um den Staat.

Abg. Heilmann (Soz.):

Es ist nur logisch, dass der Vorredner mit einem politischen Kampftruf geschlossen hat. Damit beweisen die Deutschnationalen, dass es ihnen bei dieser Auseinandersetzung nur auf politische Mache, nicht aber auf den Rechtsgedanken ankommt. Herr Steuer hatte die Stirn dem Hause zu sagen, dass Dr. Deerberg aus Gesundheitsrücksichten sein Mandat niedergelegt hat. Mit dieser Einleitung hat er seiner Rede jeden Wert genommen. (Abg. Steuer: Wollen Sie mich der Lüge zeihen?) Ich habe von den Deutschnationalen keine Antwort verlangt. (Die Deutschnationalen verlassen den Sitzungssaal.)

Ich habe nicht die Absicht, mich mit den Deutschnationalen zu unterhalten. Wenn ich antworte, so nicht ihretwegen, sondern weil eben diese Tribüne von ihnen missbraucht wurde. Sie können nicht aus der Welt schaffen, dass bei ihnen unter Hugenberg zwei verschiedene Auffassungen über das Wesen der Justiz bestehen. So hat z.B. Abg. Dr. Kauffmann bekannt, er habe den Eindruck, dass sich die heutige Justiz alles andere als verschlechtert hat. (Hört! hört b.d.Soz.) Dagegen halte man Herrn Steuers Rede! (Zuruf: Vorsicht, sonst gibts wieder eine Mandatsniederlegung! Heiterkeit!) Wenn die deutschnationale Fraktion aus lauter Steuers bestände, könnte es uns nur recht sein!

Herr Dr. Deerberg hat einmal im Ausschuss ausgeführt, dass er von einem Richter zweierlei verlangen muss: einmal soll er sich jeder feindlichen Haltung gegen den Staat enthalten und dann darf er sein Urteil nicht politisch beeinflussen lassen. Das allein wollen wir und dafür kämpfen wir mit aller Entschiedenheit. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Das ganze Gejammer des Herrn Steuer über falsche Presseberichte in Bezug auf den Fall Deerberg interessiert uns nicht. Er hat auf einen Zuruf des Kollegen Falk geantwortet: Das geht Sie nichts an! Aber die Herren von rechts dürfen versichert sein: Wir wissen schon, was geschehen ist. Dr. Deerberg ist verdrängt worden, weil er die Verleumderbroschüre des Moritz-Zarnow abgelehnt und der Wahrheit die Ehre gegeben hat. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Herr Steuer hat mit grossem Pathos behauptet, die Justiz sei heute eine stumpfe Waffe gegen Korruption. Wir werden die Herren nicht daran hindern, mit schärferen Mitteln gegen Korruptionerscheinungen vorzugehen. In der Verurteilung solcher Fälle sind die Deutschnationalen bestimmt nicht schärfer als wir. Im Fall der Raiffeisenbank waren die Schädigungen des Staates bestimmt grösser als durch Sklarz, Barmat, Kutisker und Sklarek zusammengenommen. Damals haben sich die Deutschnationalen schützend vor den Schwindler und Hochstapler Uralzeff gestellt. In seiner Gesellschaft sahen wir die deutschnationalen Abgeordneten Dietrich und Seelmann-Eggebert. Wir haben nie behauptet, dass diese Herren korrumpiert sind und zum Ausdruck gebracht, dass sie zweifellos dem Schwindler Uralzeff zum Opfer gefallen sind. Zur Voruntersuchung dieses Falles hat man im ganzen fünf Jahre gebraucht. (Hört! Hört b.d.Soz.) Wer Missstände geisselt, muss auch zeigen, dass er ehrlich gegen sie kämpft. Diesen Eindruck konnte niemand von Herrn Steuers Rede haben, dem es ja dabei auch nur auf die politische Mache ankam. (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Herr Steuer glaubt bemerkt zu haben, dass bei uns die geistige Reserve erschöpft ist. Wie aber muss es erst um die geistige Reserve bei den Deutschnationalen stehen?! Herr Steuer durfte dem grossen Herrn Hugenberg, wenn er in seine Versammlungen ging, die Aktentasche nachtragen und dafür in der Versammlung auch einige Worte sprechen. (Heiterkeit!) Jetzt hat der kleine Herr Steuer der Parteisekretär, über den Richter Deerberg, die Bonzokratie über die Intelligenz gesiegt. (Sehr gut! b.d.Soz.)

Ein Glanzstück falscher Darstellung waren seine Ausführungen über unsere Stellung zur Todesstrafe. Er hat es so hingestellt, als käme es uns darauf an, Bestien in Menschengestalt wie den Raubmörder Kürten oder die Leiferde-Eisenbahnattentäter zu schützen. Das ist bewusst falsch. Es kommt uns darauf an,

Justizmorde zu verhindern. Er meint freilich, dass solche nicht vorkommen könnten. Die hohe Zahl der in der letzten Zeit durchgeführten Wiederaufnahmeverfahren beweist nicht, dass die Justiz sich heute mehr irrt wie früher, sondern dass man sich damals zum grössten Teil aus Eigensinn gegen Wiederaufnahmeverfahren verschloss. Gerade unter Herrn Deerbergs Mitwirkung sind ja solche Wiederaufnahmeverfahren in Gang gekommen. (Der Redner führt eine ganze Reihe von solchen Fällen an, wo nachträglich festgestellt wurde, dass nach jahrelanger Zuchthaushaft wegen Mordes und anderer schwerer Verbrechen Verurteilte rehabilitiert wurden. In einem Fall kam das Wiederaufnahmeverfahren zu spät, da der unschuldig Verurteilte inzwischen im Zuchthaus verstorben war.)

Wie kann sich nach diesen Beispielen Herr Steuer hier hinstellen und behaupten, dass Justizmorde unmöglich sind! Wir sind der Auffassung, dass angesichts der unglaublichen Verrohung unserer Zeit der Staat zuerst mit gutem Beispiel vorangehen und das Gebot beachten muss: Du sollst nicht töten! (Sehr wahr! b.d.Soz.)

Den Fall des Stahlhelmführers Düsterberg in Halle versuchte Herr Steuer ganz harmlos hinzustellen. Demgegenüber sei noch einmal festgestellt worum es sich handelt. Düsterberg hat behauptet, dass der damalige Innenminister Grzesinski im Solde des Feindbundes steht. Dafür habe er sich einen Orden verdient den er sich an seinen Frack heften möge, damit man ihn bei seinen festlichen Gelagen besser von einem Kellner unterscheiden kann. (Stürmisches Hört! hört! b.d.Soz.) Jetzt ist es glücklich das vierte Verfahren, das wegen dieser ganz eindeutigen Beleidigung und Verleumdung schwebt.

Herr Steuer hat auch behauptet, dass die Sozialdemokratie 1918 Landesverrat begangen und das deutsche Volk mit Gewalt gezwungen hat, mit demokratischen Karten zu spielen. Ich stelle fest, dass 1918 in keinem Falle Gewalt angewendet worden ist. Es war nämlich überhaupt keiner da, gegen den man Gewalt hätte anwenden können. Denn alle die Herren, die heute so gewaltig den Mund aufreissen, haben damals nicht die Verpflichtung gefühlt, das alte System gegen die Demokratie zu verteidigen. (Sehr richtig! b.d.Soz.) Wir haben auch nicht den politischen Mord als die Voraussetzung zur Verhinderung eines Verfassungsbruches gebilligt. Die aus solchen Motiven entsprungene Tat Friedrich Adlers, der in Österreich den Grafen Stürgh erschoss, ist damals von der sozialdemokratischen Presse missbilligt worden. Immerhin war es eine Tat des Mutes und nicht auf eine Stufe zu stellen mit den Verbrechen feiger Fememörder. (Sehr wahr! b.d.Soz.) Wir verwerfen grundsätzlich die Gewalt des Einzelnen als politisches Kampfmittel. (Sehr richtig b.d.Soz.)

Im allgemeinen ist unsere Kritik als sachlich anerkannt worden. Trotzdem hat man versucht, alles auf sogenannte Einzelfälle abzuschieben. Zweifellos aber handelt es sich um ein System. In Naumburg sowohl als auch in Halle sind die leitenden Justizbeamten völkisch oder nationalistisch. In Halle sitzt Herr Landgerichtsdirektor Bühnemann im Löwenbräu und rühmt sich den Nazis gegenüber seiner Heldentaten und der Schikanen von Mitgliedern des republikanischen Richterbundes. Das alles sind keine Einzelfälle, hier handelt es sich um Ausflüsse eines Systems, das wir mit aller Entschiedenheit bekämpfen. (Sehr gut! b.d.Soz.) Dabei erkennen wir an, dass die Richter sich meist in wirtschaftlich bedrängter Lage befinden, treue Arbeit leisten und in den meisten Fällen gewissenhaft und objektiv Recht sprechen. Nicht diese greifen wir an, sondern diejenigen, die eine politische Tendenz in die Justiz tragen und nicht objektiv sind.

Ganz zweifellos könnte die Justiz angesichts der beispiellosen Verrohung des öffentlichen Lebens mehr tun, als sie tut. Wir machen nicht die bis zur Besinnungslosigkeit von Hetzern fanatisierten jungen Leute für Ausschreitungen und Bluttaten verantwortlich. Unter dem alten System wurde der Schriftsteller Brandt zu einhalb Jahren Gefängnis verurteilt, weil er den Reichskanzler

Bülow beleidigte, als er ihn homosexueller Neigungen beschuldigte. Man kann über das Strafmass gewiss streiten. Es scheint aber, dass heute geradezu Prämiens ausgesetzt werden für Verleumdungen von Männern in exponierter Stellung. Die Kränkung der persönlichen Ehre darf nicht weiter als Kleinigkeit betrachtet werden. (Sehr wahr b.d.Soz.)

Unsere Kritik an der Justiz ist sachlich und nicht beschimpfend. Sie hat den Zweck, dem Fortschritt des Rechtsgefühls, des Rechtes und der Menschlichkeit zu dienen. (Lebhafter Beifall b.d.Soz.)

Abg. Grebe (Z) wendet sich ebenfalls gegen die Ausführungen des Abg. Steuer. Dann bespricht der Redner Beamtenfragen.

Abg. Steinfurth (Komm) erklärt, dass die Justiz gefesselt sei. Gegen das Proletariat sei sie aber entfesselt um den Faschismus der Regierung Braun durchzuführen. Er kritisiert Strafanstalten und die Ausbeutung der Gefangenen durch Unternehmer. In Köln habe man einen neuen Justizmord verübt. Dort sei der Arbeiter Koch gestorben, weil ihn trotz Krankheit der Gefängnisarzt für haftfähig erklärt habe. Trotz der offensichtlichen Klassenjustiz werde man damit nicht den Hunger und die Not der Erwerbslosen beseitigen.

Die Debatte über den Justizhaushalt wird dann auf Dienstag, 12 Uhr, vertagt

Landtags-Stimmungsbild.

SPD. Berlin, 27. Februar (Eig. Bericht)

Im Preussischen Landtag gab es am Freitag zunächst einen Flaggenstreit. Die Deutsche Volkspartei hatte dem Hause einen Antrag zugehen lassen, nach dem die Staatsregierung sofort anordnen sollte, dass die öffentlichen Gebäude in Preussen an dem für den 1. März angesetzten Volkstrauertag halbmast zu flaggen haben. Da es sich um keine offizielle, sondern um eine private Veranstaltung handelt, wurde der Antrag in dem zuständigen Ausschuss von den Regierungsparteien abgelehnt. Der Ausschuss schlug vor, die Regierung zu ersuchen, alsbald eine Regelung über die Einführung eines Volkstrauertages herbeizuführen.

Inzwischen hatten sich die von der Volkspartei unter Druck gesetzten Fraktionen des Zentrums und der Staatspartei anders besonnen und wollten umfallen. Die Sozialdemokraten beantragten deshalb Rückverweisung des Antrages an den Ausschuss. Als dieser Antrag abgelehnt wurde, beantragten sie namentliche Abstimmung und machten mit den Kommunisten das schwach besetzte Haus durch Stimmenenthaltung beschlussunfähig. Da sich der Landtag bis Dienstag vertagt, kommt die Durchführung des Antrages für den 1. März praktisch nicht mehr in Frage.

Hierauf wurde die Justizdebatte fortgesetzt. Zunächst ergriff Justizminister Dr. Schmidt das Wort, um sich mit den Ausführungen des Abg. Weissermel (Dtn) vom Donnerstag über das Moritz-Zarnow'sche Buch "Gefesselte Justiz" auseinanderzusetzen. Der Minister bestritt ganz entschieden die Richtigkeit der Behauptung dieses Redners, dass der grösste Teil der Richter sich tatsächlich "gefesselt" fühle. Das Gegenteil sei der Fall. Er wandte sich dann den anderen Debatterednern zu, wobei er ausdrücklich erklärte, dass er den Ausführungen des Abg. Kuttner (Soz) sachlich durchaus beistimmen könne.

Dann betrat der Abg. Steuer (Dtn) die Tribüne und wie aus einem Maschinen gewehr ergossen sich über eine Stunde lang wilde Schmähungen gegen die Sozialdemokratie in das Haus. Nach Steuers Darstellung besteht zwischen Dr. Deereberg und seiner Fraktion völlige Harmonie. Deereberg habe sein Amt aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt. Das Haus quittierte diese Äusserung mit stürmischer Heiterkeit. Dennoch leistete sich Steuer weiterhin eine unwahre Behauptung nach der anderen. So erklärte er, dass die Justiz gegen gewisse Korruptions-

erscheinungen nicht vorgehen könne, wenn die Betreffenden sich rechtzeitig eine Unfallpolice in Form des S.P.D.-Mitgliedsbuches verschafften. Der sozialdemokratische Abgeordnete Heilmann gab dem deutschnationalen Verleumder sofort die gebührende Antwort. Punkt für Punkt ging er die Ausführungen seines Vorredners durch. Da sauste Hieb auf Hieb, bis die Deutschnationalen fluchtartig den Saal verliessen.

Heilmann wies zunächst darauf hin, dass kein geringerer als Dr. Deerberg, den die Deutschnationalen wegen seiner Ehrlichkeit aus ihren Reihen herausgedrängt haben, das formuliert habe, was auch die Sozialdemokratie wolle: dass sich der Richter jeder feindlichen Haltung gegen den Staat enthalten muss und sein Urteil nicht politisch beeinflussen lassendarf. Dann beschäftigte sich Heilmann mit der behauptung Steuers, dass die Justiz politischer Hemmungen wegen gewisse Korruptionserscheinungen nicht verfolgen könne. "Wer Misstände geisselt, - so führte Heilmann aus - muss auch beweisen, dass er es mit ihrer Bekämpfung ehrlich meint. Diesen Beweis haben bisher die Deutschnationalen nicht erbracht. Sie müssen beim deutschen Volke ein kurzes Gedächtnis voraussetzen, wenn sie annehmen, dass der Raiffeisenskandal bereits vergessen ist. Hier stellten sie sich schützend vor den Hochstapler und Schwindler Uralzeff, der die Allgemeinheit um Millionen begaunert hat.

In Bezug auf die Todesstrafe hatte Steuer das Vorkommen von Justizmorden für ausgeschlossen erklärt und die Haltung der Sozialdemokratie gegen die Todesstrafe ungefähr so charakterisiert, als wolle sie Massenmörder und Bestien in Menschengestalt schützen. Darauf antwortete Heilmann mit dem Hinweis auf die grosse Zahl von Wiederaufnahmeverfahren, durch die in letzter Zeit unschuldig Verurteilte rehabilitiert worden sind. In dieser Zeit allgemeiner Verrohung habe der Staat zu allererst die Pflicht, nach dem Gebot zu handeln: Du sollst nicht töten.

Weiterberatung Dienstag.
